

SOZIAL INFO



3/2016

Urteile	2
SGB II	
SGB II - Rechtsvereinfachungsgesetz ab 01.08.2016	6
SGB II - Datenplattform für NRW	12
Gothaer SG ruft wegen Sanktionen erneut das BVerfG an	12
Referentenentwurf zur Regelbedarfsermittlung	13
NAK: Stärkere Bezuschussung für E-Geräte von Alg II-Berechtigten	13
Achtung Statistik!	14
SGB III	
Änderung bei fiktiver Bemessung	15
Aktualisierung der Weisungen zur Beschäftigungsverordnung	15
Bundeswehr und BA	15
Aus „Ausbildung wird was-Spätstarter gesucht“ wird „Zukunftsstarter“	15
Sonstige Rechtsgebiete	
Arbeitsmarktprogramm „Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen“ (FIM)	16
Bundesrat will Sozialgerichte entlasten	16
Höhere Sätze für BAB, Ausbildungsgeld und BAföG	16
Familienarbeitszeit und Familiengeld	16
Mindestlohn steigt 2017	17
Analysen	
IAB: Geflüchtete Menschen in Deutschland - eine Befragung	17
Aufstockerleistungen nach dem SGB II	17
IAB: Langzeitarbeitslosigkeit in NRW	18
Praxistraining	
Sozialrechtlicher Herstellungsanspruch und Amtshaftung	18
Rezensionen	
Durchblick und Leitfaden zum SGB II und SGB III	20

EGV:

Keine Bewerbungsbemühungen ohne Bewerbungskostenübernahme

Das BSG hat entschieden, dass Eingliederungsvereinbarungen als öffentlich-rechtliche Verträge insgesamt nichtig sind, wenn sich das Jobcenter vom Alg II-Berechtigten unzulässige Gegenleistungen versprechen lässt.

Sanktionsbewehrte Verpflichtungen des Leistungsberechtigten zu den in den Vereinbarungen bestimmten Bewerbungsbemühungen müssen in einem angemessenen Verhältnis zu den vom Jobcenter übernommenen Leistungsverpflichtungen zur Eingliederung in Arbeit stehen. Diese müssen individuelle, konkrete und verbindliche Unterstützungsleistungen für die Bewerbungsbemühungen vorsehen, insbesondere zur Übernahme von Bewerbungskosten.

Dass gesetzliche Vorschriften die Erstattung von Bewerbungskosten ermög-

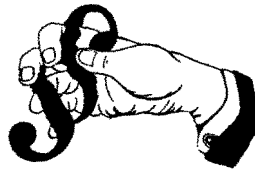
lichen, führt nicht dazu, dass die Eingliederungsvereinbarungen ein ausgewogenes Verhältnis der wechselseitigen Verpflichtungen von Alg II-Berechtigtem und Jobcenter aufweisen.

Im entschiedenen Fall verpflichtete die Eingliederungsvereinbarung den Kläger mindestens zehn Bewerbungsbemühungen pro Monat zu unternehmen und diese an einem Stichtag dem Jobcenter nachzuweisen. Das Jobcenter bot Unterstützungsleistungen zur Beschäftigungsaufnahme an; eine Regelung zur Erstattung von Bewerbungskosten des Klägers durch das Jobcenter enthielten die Eingliederungsvereinbarungen nicht. In den drei hier maßgeblichen Monatszeiträumen erfüllte der Kläger nach Auffassung des Jobcenters seine Verpflichtung zu den monatlichen Eigenbemühungen nicht, weshalb das Jobcenter jeweils wegen dieser Pflichtverletzungen Sanktionen

aussprach - bis hin zum vollständigen Entfallen der Leistungen.

Das BSG hat nun die Revision des Jobcenters zurückgewiesen, weil es - wegen Nichtigkeit - jeweils an Verpflichtungen des Klägers zu Bewerbungsbemühungen und so bereits an den Grundlagen für die angefochtenen Sanktionsentscheidungen fehlte. Weder sei ersichtlich, dass die Eingliederungsvereinbarung auf den Leistungsgrundsätzen des § 3 Abs. 1 SGB II beruhen, insbesondere die Eignung und individuelle Lebenssituation des Klägers berücksichtigen, noch dass sie individuelle, konkrete und verbindliche Leistungsangebote zur Eingliederung in Arbeit als grundsätzlich notwendige Bestandteile einer Eingliederungsvereinbarung enthalten.

**BSG, Urteil vom 23.06.2016
B 14 AS 30/15 R**



Bei Zweifeln an der Erwerbsfähigkeit muss das Jobcenter vorleisten

Immer wieder kommt es vor, dass Antragsteller, die gesundheitlich eingeschränkt sind, zwischen Jobcenter und Sozialamt hin und her geschickt werden. So auch in einem aktuellen Fall, bei dem das Jobcenter einen Antragsteller auf Grundlage eines arbeitsmedizinischen Gutachten der Agentur für Arbeit als nicht erwerbsfähig abgelehnt und an den Sozialhilfeträger verwiesen hatte. Doch auch dieser lehnte die Erbringung von existenzsichernden Leistungen ab.

Das LSG entschied nun, dass bis zur Feststellung einer Erwerbsunfähigkeit das Jobcenter vorläufig Leistungen zu zahlen hat. Das Jobcenter dürfe fehlende Erwerbsfähigkeit nicht annehmen, ohne zuvor den Sozialhilfeträger eingeschaltet zu haben. Das Jobcenter müsse mit

dem Sozialamt vertrauensvoll zusammenarbeiten. Es sei verpflichtet, dem Sozialhilfeträger das Gutachten zu übermitteln, anzufragen, wie dieser die Erwerbsfähigkeit beurteilt und evtl. eine angemessene Frist zur abschließenden Äußerung zu setzen. Erst wenn diese abgelaufen sei, ohne dass der Sozialhilfeträger sich geäußert hat, sei das Jobcenter berechtigt, SGB II-Leistungen zu verweigern und den Betroffenen auf das Sozialamt zu verweisen. Im Zweifel sei das Jobcenter entsprechend den gesetzlichen Vorgaben verpflichtet, ein Gutachten des Rentenversicherungsträgers einzuholen, der über die Erwerbsfähigkeit verbindlich entscheidet.

LSG NRW

**Beschluss vom 09.06.2016
L 9 SO 427/15 B ER**

Elterngeld bleibt anrechenbar

Die Berücksichtigung eines gezahlten Elterngeldes als Einkommen beim Alg II verletzt nicht den allgemeinen Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG i.V.m. Art 6 GG.

**BSG, Urteil vom 26.07.2016
B 4 KG 2/14 R**





Verzugszinsen des Jobcenters sind kein Einkommen

Zinsen, die auf verspätete oder Nachzahlungen von SGB II-Leistungen gewährt werden, sind nicht ihrerseits bedarfsmindernd als Einkommen anzurechnen.

Im entschiedenen Fall hatte ein Leistungsberechtigter eine Nachzahlung von SGB II-Leistungen in Höhe von 5.608,70 EUR für die Zeit von Januar 2005 bis Februar 2006 erhalten und zusätzlich aus diesem Nachzahlungsbetrag gemäß § 44 SGB I Zinsen in Höhe von 280,53 EUR. Das Jobcenter rechnete die Zinsen - nach Abzug der 30-EUR-Versicherungspauschale - als Einkommen an.

Nicht rechtmäßig, befand das LSG. Die Nichtanrechenbarkeit gilt nicht nur für Nachzahlungen von SGB II-Leistungen selbst (§ 11 a Abs. 1 Nr. 1 SGB II), sondern auch für die aus solchen Nachzahlungen geleisteten Zinsen. Es wurde wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Frage die Revision zugelassen.

LSG Baden-Württemberg
Urteil vom 21.06.2016
L 9 AS 4918/14

Erfolgslose Verfassungsbeschwerde gegen die Berücksichtigung von Einkommen eines Familienangehörigen

Bei der Ermittlung der Bedürftigkeit für die Gewährung existenzsichernder Leistungen (Art. 1 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 20 Abs. 1 GG) kann grundsätzlich unabhängig von einem Unterhaltsanspruch das Einkommen und Vermögen von Personen berücksichtigt werden, von denen in der familiären Gemeinschaft zumutbar zu erwarten ist, dass sie tatsächlich füreinander eintreten und „aus einem Topf“ wirtschaften.

Im entschiedenen Fall rechnete das Jobcenter einen Teil der Erwerbsunfähigkeitsrente des Vaters bei dem 21-jährigen Sohn an.

Weigern sich Eltern aber ernsthaft, für ihre nicht unterhaltsberechtigten Kinder einzustehen, fehlt es schon an einem gemeinsamen Haushalt und damit auch an der Voraussetzung einer Bedarfsgemeinschaft. Eine Berücksichtigung von Einkommen und Vermögen scheidet dann aus; ein Auszug aus der elterlichen Wohnung muss dann ohne nachteilige Folgen für den

Grundsicherungsanspruch möglich sein.

Das BVerfG hat auch die Höhe des Regelbedarfs für den Beschwerdeführer nicht beanstandet. In der Urteilsbegründung führt das Gericht u.a. aus, dass die Annahme, das Hinzutreten eines weiteren Erwachsenen zu einer Bedarfsgemeinschaft führe zu einer regelbedarfsrelevanten Einsparung von 20 %, sich zumindest für die Zwei-Personen-Bedarfsgemeinschaft auf eine ausreichende empirische Grundlage stützen kann; sie bewegt sich innerhalb des Entscheidungsspielraums des Gesetzgebers. Nicht zu entscheiden war im vorliegenden Verfahren, ob und gegebenenfalls ab welcher Anzahl hinzutretender Personen eine Sicherung des menschenwürdigen Existenzminimums nicht mehr gewährleistet ist, wenn für jede dieser weiteren Personen eine um 20 % geringere Regelleistung berechnet wird.

BVerfG, Beschluss vom 27.07.2016, 1 BvR 371/11



Wertsteigerungen einer Lebensversicherung sind kein Einkommen

Überschussanteile und Bewertungsreserven aus einer zum Schonvermögen zählenden Kapitallebensversicherung sind bei Auszahlung und Zufluss während des Leistungsbezugs gemäß § 11 SGB II nicht als Einkommen zu berücksichtigen. Bei einer solchen Kapitallebensversicherung besteht ein einheitlicher Anspruch des Versicherungsnehmers gegen den Versicherer, der sich aus der Versicherungssumme und der Überschussbeteiligung

zusammensetzt und auch die Wertsteigerung der gesamten Versicherung in der Zeit mitumfasst. Wertsteigerungen der einheitlichen Lebensversicherung nach Antragstellung bewirken keinen Einkommenszufluss, sondern sind Steigerungen des Verkehrswerts von zuvor vorhandenem Vermögen nach Antragstellung.

BSG, Urteil vom 10.08.2016
B 14 AS 51/15 R

Nachzahlung Kindergeld ist laufendes Einkommen

Bei der Kindergeldnachzahlung handelt es sich, anders als der Beklagte meint, nicht um eine einmalige Einnahme i.S.d. § 11 Abs. 3 SGB II, sondern um laufendes Einkommen, das im Zuflussmonat in voller Höhe anzurechnen und nicht gem. § 11 Abs. 3 Satz 3 SGB II auf einen Zeitraum von 6 Monaten gleichmäßig aufzuteilen ist (Anschluss an LSG Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 09.11.2015, L 19 AS 924/15).

LSG Baden-Württemberg
Urteil vom 27.06.2016
L 1 AS 4849/15



Mehrbedarf für Alleinerziehende

Die Geburt eines Kindes durch eine Minderjährige lässt den Anspruch ihrer Mutter auf Mehrbedarf für Alleinerziehung unberührt.

Das Jobcenter hatte den Mehrbedarf für Alleinerziehung der Mutter einer minderjährigen Tochter verweigert, nachdem die Tochter selbst Mutter wurde. Die Jobcenter-Entscheidung entspricht auch der Weisungslage (fachliche Hinweise zu § 21 SGB II, Rz 21.13): „Es wird davon ausgegangen, dass ein Mehrbedarf wegen Alleinerziehung durch ein Kind, das selbst ein Kind hat, nicht mehr verursacht wird.“

Das Sozialgericht Dresden ist dieser Rechtsansicht nicht gefolgt. Der Umstand, dass die minderjährige Tochter der Klägerin bereits selbst Mutter eines Kindes ist, lässt den An-

spruch auf Mehrbedarf wegen Alleinerziehung nicht entfallen. Das Gesetz stellt allein auf die Minderjährigkeit ab, ohne dass der konkrete Betreuungsaufwand geprüft werden müsste. Einschränkungen wie etwa „ledig, ohne eigene Kinder“ finden sich nicht. Besonders die zivilrechtlichen Vorschriften über die elterliche Sorge und die Vorschriften der Jugendhilfe stützen dies. Hiernach wird gerade nicht danach unterschieden, ob die minderjährigen Kinder schon selbst Eltern sind oder nicht. Die minderjährige Tochter der Klägerin wird daher auch nach der Geburt ihres Sohnes durch die dem Haushalt vorstehende Klägerin betreut und erzogen.

SG Dresden
Urteil vom 21.08.2015
S 40 AS 1713/13



Schönheitsreparaturen

Schönheitsreparaturen sind grundsätzlich vom Leistungsberechtigten selbst - ggf. unter Zuhilfenahme von Nachbarn und Verwandten - vorzunehmen. Auch ein Nichtbedürftiger, nicht im Leistungsbezug nach dem SGB II stehender Mieter wäre gehalten gewesen, die diesbezüglichen Arbeiten selbst vorzunehmen.

Lediglich dann, wenn der Leistungsberechtigte die Schönheitsreparaturen etwa wegen Alters, Behinderung, körperlicher Konstitution oder wegen der Betreuung von Kleinstkindern nicht selbst vornehmen oder durchführen kann, kann auch die Übernahme der Aufwendungen für eine gewerblich Auszugsrenovierung in Betracht kommen.

Eine Unzumutbarkeit folgt nicht schon aus der Tatsache, dass es sich bei dem Leistungsberechtigten um eine Frau handelt.

SG Stuttgart, Gerichtsbescheid
vom 11.02.2016
S 20 AS 4798/14

Telefon, Internet und Nachsendeantrag als Umzugskosten

Bei einem vom Jobcenter als notwendig anerkannten Umzug mit einer entsprechenden Zusicherung hinsichtlich der Umzugskosten gehören zu den als Bedarf zu berücksichtigenden Umzugskosten heutzutage auch die Kosten für einen Telefon- und Internetanschluss sowie die für einen Nachsendeantrag. Denn beides ist notwendig, um nach einem Umzug die Kommunikation mit anderen Menschen, Behörden usw. aufrecht zu erhalten, die, wie die Aufnahme der Abteilung 8 (Nachrichtenübermittlung) in die Ermittlung der Regelbedarfe zeigt, ein vom Gesetzgeber anerkanntes Grundbedürfnis darstellt (vgl. §§ 5 f RBEG).

BSG, Urteil vom 10.08.2016
B 14 AS 58/15 R

Eheähnliche Gemeinschaft

Das Vorliegen einer eheähnlichen Gemeinschaft hat für jeden Bewilligungszeitraum eigens zu erfolgen.

Die Beurteilung eines früheren Bewilligungszeitraums als eheähnliche Gemeinschaft hat keine Bindungswirkung für folgende Zeiträume. Es ist anhand der objektiven Hinweistatsachen für jeden Bewilligungszeitraum neu zu entscheiden, ob eine eheähnliche Gemeinschaft vorliegt oder nicht.

Kosten der Unterkunft und Heizung sind im Eilverfahren nicht zu gewähren, wenn keine Gefährdung der Unterkunft ersichtlich ist.

Der Regelbedarf ist im Eilverfahren nicht zu gewähren, wenn in einer Gemeinschaft in der Unterkunft der Lebensunterhalt sichergestellt ist.

Steht Einkommen als bereite Mittel zur Verfügung, das mindestens 70% des Regelbedarfs abdeckt, ist unter dem Gesichtspunkt der Vorwegnahme der Hauptsache im Eilverfahren kein Regelbedarf zuzusprechen.

LSG München
Beschluss vom 02.08.2016
L 7 AS 461/16 B ER

Eheähnliche Gemeinschaft

Für den Willen, Verantwortung füreinander zu tragen und füreinander einzustehen (Einstandswillen), gibt es Tatbestände, die eine gesetzliche Vermutung hierfür begründen. Diese Vermutung kann durch weitere Indizien bekräftigt werden. Entgegenstehende Erklärungen, die Betroffene in Kenntnis der Rechtsfolgen einer eheähnlichen Gemeinschaft abgeben, haben eine geringere Beweiskraft.

LSG Bayern,
Beschluss vom 27.07.2016
L 7 AS 414/16 B ER



Rechtsmittelbelehrung bei Sanktion

Eine Rechtsmittelbelehrung als Voraussetzung für eine 100% Sanktion nach einer weiteren wiederholten Pflichtverletzung (§ 31a Abs. 1 Satz 3 SGB II) ist nur dann konkret, vollständig und einzelfallbezogen, wenn darin die maßgeblichen Vorsanktionen nach Satz 1 und 2 genau bezeichnet werden.

LSG Niedersachsen-Bremen, Beschluss vom 30.06.2016
L 7 AS 414/16 B ER

Urlaubs- und Weihnachtsgeld erhöhen Elterngeld

Im Bemessungszeitraum als Urlaubs- und Weihnachtsgeld deklarierte Zahlungen sind als laufender Arbeitslohn und nicht als sonstige Bezüge i.S. des § 2c Abs. 1 Satz 2 BEEG einzuordnen und daher bei der Bemessung des Elterngeldes zu berücksichtigen.

LSG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 25.05.2016
L 17 EG 10/15

Strafrichter muss bei Sozialleistungsbetrug eigenständig prüfen

In Fällen des sogenannten Sozialleistungsbetrugs hat das Tatgericht nach den Grundsätzen der für die Leistungsbewilligung geltenden Vorschriften selbstständig zu prüfen, ob und inwieweit tatsächlich kein Anspruch auf die beantragten Leistungen bestand. Um den Eintritt eines Schadens zu belegen, muss aus den Feststellungen in nachvollziehbarer Weise hervorgehen, dass und inwieweit nach den tatsächlichen Gegebenheiten auf die sozialrechtliche Leistung kein Anspruch bestand; mit einer allgemeinen Verweisung auf behördliche Schadensaufstellungen darf sich das Urteil nicht begnügen.

BGH, Urteil vom 22.03.2016, 3 StR 517/15

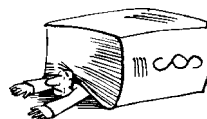
Elternzeit nach dem dritten Lebensjahr des Kindes kann Alg-Anspruch ausschließen

Personen sind in der Zeit, in der sie ein Kind erziehen, das das dritte Lebensjahr noch nicht vollendet hat, in der Arbeitslosenversicherung versichert, wenn sie unmittelbar vor der Kindererziehung versicherungspflichtig waren. Nun können Eltern aber einen Teil der Elternzeit über das dritte Lebensjahr ihres Kindes hinaus übertragen. Nach Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes besteht allerdings keine Versicherungspflicht nach dem SGB III mehr. Beträgt die nach dem dritten Lebensjahr des Kindes in Anspruch genommene Elternzeit mehr als 12 Monate, kann dies zu einem Verlust des Anspruchs auf Arbeitslosengeld führen.

Das LSG Rheinland-Pfalz hat darauf hingewiesen, dass das Arbeits- und Sozialrecht insoweit nicht vollständig harmonisiert sind. Die Regelung sei allerdings rechtmäßig und verstößt nicht gegen europäische Richtlinien. In der Vergangenheit hatten BSG und BVerfG bereits geurteilt, dass dieser eingeschränkte Versicherungsschutz nicht verfassungswidrig ist.

Für Betroffene ist daher Vorsicht geboten. Im entschiedenen Fall hatte eine Mutter sowohl nach der Geburt ihres ersten als auch nach der Geburt ihres zweiten Kindes jeweils ein Jahr der Elternzeit auf die Zeit nach Vollendung des dritten Lebensjahres ihrer Kinder übertragen und insgesamt ca. 14,5 Monate Elternzeit nach Vollendung des dritten Lebensjahres ihres jüngsten Kindes in Anspruch genommen. Unmittelbar im Anschluss war sie arbeitslos, weil sie im Rahmen eines arbeitsgerichtlichen Vergleichs der Auflösung ihres Arbeitsverhältnisses zugestimmt hatte. Ihr Antrag auf Arbeitslosengeld wurde abgelehnt, weil sie in der zweijährigen Rahmenfrist nicht mindestens zwölf Monate in einem Versicherungspflichtverhältnis gestanden hatte. Sie war während der ca. 14,5 Monate vor Eintritt der Arbeitslosigkeit nicht in der Arbeitslosenversicherung versicherungspflichtig und erfüllte deshalb die für einen Anspruch auf Arbeitslosengeld notwendige Mindestversicherungszeit nicht mehr.

LSG Rheinland-Pfalz, Urteil vom 30.08.2016, L 1 AL 61/14



Mutwillkosten wegen Rechtsmissbrauch

Eigentlich ein klarer Fall: Ein Alg II-Berechtigter bereitet in seiner Wohnung Warmwasser mittels eines in der eigenen Wohnung installierten Gasgeysers auf. Das Gas wird nur für diesen Geyser benutzt, so dass der Gasverbrauch exakt erfasst werden kann. In diesem Fall müssen die tatsächlichen Kosten für die Warmwasserezubereitung, hier die Gaskosten, anerkannt werden. Das Jobcenter Wuppertal hatte jedoch zunächst gar keine Kosten, im Laufe des Verfahrens dann den pauschalen Mehrbedarf gem. § 21 Abs. 7 Satz 2 Nr. 1 SGB II anerkannt.

Das SG Düsseldorf weist in seinem Bescheid darauf hin, dass der pauschale Mehrbedarf nur in den Fällen zu gewähren ist, bei denen die tatsächlichen Warmwasserkosten nicht

feststellbar sind - typischerweise bei Durchlauferhitzern und Boilern. Dies entspricht sogar der internen Weisungen der BA. Obwohl das Sozialgericht das Jobcenter mehrmals darauf hingewiesen hatte, dass die Klageverfolgung ohne Erfolgsaussicht und damit rechtsmissbräuchlich i.S. des § 192 Abs. 1 Satz 2 SGG ist, hatte das Jobcenter keinerlei Einsicht gezeigt und das Verfahren sinnloserweise fortgeführt. Das Sozialgericht hat deshalb gegen das Jobcenter Verschuldungskosten verhängt, die allerdings auf die Pauschgebühr von 150 EUR (§ 184 Abs. 2 SGG) beschränkt wurde.

SG Düsseldorf, Bescheid vom 27.04.2016, S 35 AS 159/15

SGB II - Rechtsvereinfachungsgesetz ab 01.08.2016

Das sog. Rechtsvereinfachungsgesetz, genauer: „Neuntes Gesetz zur Änderung des SGB II - Rechtsvereinfachung sowie zur vorübergehenden Aussetzung der Insolvenzantragspflicht“ ist nach der Zustimmung durch den Bundesrat zum 01.08.2016 in Kraft getreten. Es handelt sich um eine umfangreiche Reform des SGB II und betrifft die unterschiedlichsten Bereiche, von Regelungen zur Anrechnung von Einkommen und Vermögen, über die Anspruchsvoraussetzungen, die Bedarfe für Unterkunft und Heizung bis hin zum Verfahrensrecht. Dabei sind im Rechtsvereinfachungsgesetz eine ganze Reihe von Änderungen beinhaltet, die aus Sicht der Betroffenen negativ zu beurteilen sind, andererseits aber auch einige Verbesserungen. Eine einheitliche Linie ist nicht erkennbar - dem ursprünglichen Anspruch „Rechtsvereinfachung“ wird das Gesetz aber jedenfalls nicht gerecht. Im Folgenden geben wir einen Überblick über die wesentlichsten Änderungen.

Leistungen zur Beratung

Die Grundsicherung für Arbeitsuchende umfasst nun explizit auch Leistungen zur Beratung und benennt neben der Arbeit auch Vermittlung in Ausbildung als Mittel zur Überwindung von Hilfebedürftigkeit (§ 1 Abs. 3 SGB II). In der Neufassung des § 14 SGB II wird die Beratung als Leistung zur Eingliederung weiter konkretisiert. Die Beratung umfasst dabei die Erteilung von Auskunft und Rat nicht nur über die Leistungen, sondern auch zur Be-

rechnung der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts sowie zu den Inhalten und Zielen der Leistungen zur Eingliederung und deren Auswahl im Rahmen des Eingliederungsprozesses. Für diese individuelle Beratung soll das Jobcenter einen persönlichen Ansprechpartner oder eine Ansprechpartnerin benennen (§ 14 Abs. 2 SGB II). Art und Umfang der Beratung richten sich nach dem Beratungsbedarf der leistungsberechtigten Person!

Sofortangebot und Integrationskurse

Die Verpflichtung zu sog. „Sofortangeboten“ bezog sich bisher nur auf die U25. Künftig sollen für alle Antragstellenden unverzüglich Leistungen zur Eingliederung in Arbeit erbracht werden (§ 3 Abs. 2 SGB II). Leistungsberechtigte, die nicht über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügen, oder darüber hinaus notwendige berufsbezogene Sprachkenntnisse benötigen, sollen zu Integrationskursen oder berufsbezogenen Sprachkursen gezwungen werden können, indem eine Teilnahmeverpflichtung in die Eingliederungsvereinbarung aufgenommen wird (§ 3 Abs. 2 a SGB II).

Vorrangige Leistungsansprüche

Wegen des Grundsatzes der Nachrangigkeit von SGB II-Leistungen sind Leistungsberechtigte schon immer verpflichtet gewesen, vorrangige Leistungsansprüche geltend zu machen. Diese Verpflichtung wird nun weiter verschärft. So erhalten die Jobcenter die Möglichkeit, die Leistungen solange zu entziehen oder zu versagen, bis die Leistungsberechtigten ihren Mitwirkungspflichten gegenüber dem anderen Träger nach den §§ 60 bis 64 SGB I nachgekommen sind (§ 5 Abs. 3 Satz 3 SGB II). Diesen Vorschlag gab es im Vorfeld der Diskussion um das Rechtsvereinfachungsgesetz vor allem für die Fälle der Zwangsverrentung. Ursprünglich geplant war dabei die Schaffung einer Möglichkeit, Alg II zu versagen, wenn die Rentenbeantragung daran scheitert, dass der Antragsteller bei der Rentenversicherung nicht alle Unterlagen beibringt. In der nun in Kraft getretenen Fassung gilt interessanterweise diese

Verschärfung bei der Beantragung von vorgezogenen Altersrenten (Zwangsverrentung) ausdrücklich nicht! Diese Neuierung gilt erst ab 01.01.2017.

Leistungen zur Eingliederung für Aufstocker durch Arbeitsagentur

Auch neu: Leistungen zur Eingliederung in Arbeit nach dem Ersten Abschnitt des Dritten Kapitels (§§ 14-18e SGB II) werden nicht an oder für erwerbsfähige Leistungsberechtigte erbracht, die einen Anspruch auf Arbeitslosengeld oder Teilarbeitslosengeld („Alg I-Aufstocker“) haben (§ 5 Abs. 4 SGB II). Bisher erhielten diese Personen Leistungen zur Eingliederung in Arbeit nach SGB II, nun erfolgt die Betreuung bezüglich Vermittlung und Eingliederungsleistungen durch die Agentur für Arbeit.

SGB II und Auszubildende

Der Ausschluss von Auszubildenden (§ 7 Abs. 5, 6 SGB II) wird neu gefasst und deutlich abgemildert.

Zwar bleiben Auszubildende von den Leistungen zum Lebensunterhalt - mit Ausnahme der Leistungen nach § 27 SGB II - ausgeschlossen, deren Ausbildung nach dem BAföG förderungsfähig ist. Auszubildende bzw. junge Menschen, deren Berufsausbildung oder Berufsausbildungsvorbereitung nach den §§ 51, 57 und 58 SGB III förderungsfähig ist („BAB“), sind nicht mehr genannt und können daher bei Vorliegen der übrigen Voraussetzungen Alg II aufstockend zu ihrer Ausbildungsvergütung und einer ggf. zu beanspruchenden Förderung mit BAB erhalten.

Dementsprechend entfällt auch der Inhalt des bisherigen § 27 Abs. 3 SGB II („Zuschuss zu den ungedeckten KdU“). Personen, die eine duale Berufsausbildung absolvieren, können nun auch dann die Ausbildungsvergütung ergänzendes Alg II erhalten, wenn individuell kein Anspruch auf BAB besteht.

Durch die weiteren Änderungen in § 7 Abs. 6 SGB II werden auch Auszubildende, die eine nach dem BAföG förderungsfähige Ausbildung absolvieren und die Ausbildungsförderung nach dem BAföG tatsächlich er-



halten, weitgehend in den Kreis der Anspruchsberechtigten aufgenommen. Damit werden vor allem die große Gruppe der Studenten/-innen, die BAföG-beziehend im elterlichen Haushalt leben, ganz normal Alg II-berechtigt, während bisher nur Anspruch auf den Zuschuss zu den ungedeckten KdU bestand. Weiterhin ausgeschlossen bleiben aber Studenten, die nicht im elterlichen Haushalt wohnen und Auszubildende, die eine grundsätzlich nach dem SGB III förderungsfähige Berufsausbildung absolvieren, aber in einem Wohnheim oder Internat mit voller Verpflegung untergebracht sind.

SGB II-Übergangsleistung bis zum BAföG-Bezug

Leistungsberechtigte, die aus dem SGB II kommend eine BAföG-geförderte Ausbildung beginnen, erhalten nun endlich eine Überbrückungsmöglichkeit. Diese Möglichkeit besteht für alle Schüler, Studierende im Elternhaushalt und Studierende in Fachschulklassen an Abendgymnasien und Kollegschaften, deren Besuch eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzt (auch mit eigenem Haushalt). Der Anspruch auf Leistungen zum Lebensunterhalt besteht hier nämlich bis zur Entscheidung des BAföG-Amtes fort, wenn die Antragstellung beim Amt für Ausbildungsförderung nachgewiesen wird. Wird dann BAföG bewilligt, besteht durch die Neuregelung weiter (ergänzender) Alg II-Anspruch; wird BAföG abgelehnt, endet der SGB II-Anspruch ab dem nächsten Monat (Ausnahme: die Ablehnung erfolgt wegen zu berücksichtigenden Einkommens oder Vermögens).

Härtefallregelung für Azubis

In der Folge dieser Neuregelungen wurden auch die Bestimmungen zur ausnahmsweisen Leistung an Auszubildende als Härtefall in § 27 Abs. 3 SGB II neu gefasst. Neben der darlehensweisen Gewährung von Regelbedarfen, dem Mehrbedarf für Warmwasser, KdU/Heizung, BuT und Beiträgen für KV/PV wird für vom Alg II-Anspruch Ausgeschlossene eine spezielle Härtefallregelung eingeführt, die dann doch zu einem Leistungsanspruch als Zuschuss führt (§ 27 Abs. 3, Satz 2,3 SGB II). Dies betrifft Auszubildende, die wegen Überschreitung der Altersgrenze nach

§ 10 Abs. 3 BAföG (30 bzw. 35 Jahre) kein BAföG erhalten, wenn, die Ausbildung im Einzelfall für die Eingliederung in das Erwerbsleben zwingend (!) erforderlich ist und (!) ohne die Erbringung von Leistungen zum Lebensunterhalt der Abbruch der Ausbildung droht.

Einen guten Überblick über die wichtigsten Neuregelungen zum Thema „SGB II und Ausbildung“ in tabellarischer Form, die die alte und die neue Rechtslage nebeneinander stellt, hat die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen erarbeitet:

<http://tinyurl.com/jggv7rn>

Freigänger

Die Ausnahme vom Leistungsausschluss wegen Aufenthalts in einer stationären Einrichtung gilt nicht für Freigänger, die mindestens 15 Stunden wöchentlich erwerbstätig sind (§ 7 Abs. 4 S. 3 Nr. 2 SGB II).

Einnahmen in Geldeswert

Einnahmen in Geldeswert werden künftig grundsätzlich nicht mehr als Einkommen berücksichtigt (§ 11 Abs. 1 SGB II). Einnahmen in Geldeswert sind somit ab dem Ersten des Monats, der auf den Monat des Zuflusses folgt, dem Vermögen der Leistungsberechtigten zuzuordnen.

Ausnahme: Einnahmen in Geldeswert, die im Rahmen einer Erwerbstätigkeit, des Bundesfreiwilligendienstes oder eines Jugendfreiwilligendienstes

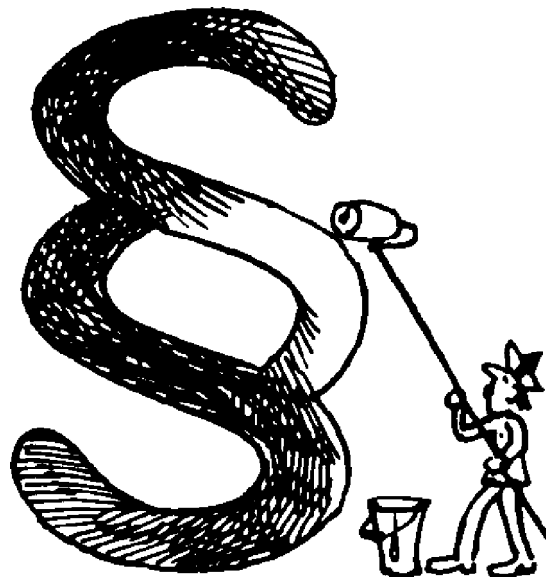
zufließen, werden weiterhin als Einkommen angerechnet.

Einmalige Einnahmen

Einmalige Einnahmen: Zu den einmaligen Einnahmen gehören auch als Nachzahlung zufließende Einnahmen, die nicht für den Monat des Zuflusses erbracht werden (§ 11 Abs. 3 SGB II). Dies ist eine Reaktion auf die Rechtsprechung des BSG, das solche Nachzahlungen von Sozialleistungen als laufendes Einkommen klassifiziert hatte.

Einkommen von Auszubildenden

Die Berücksichtigung des Einkommens von Auszubildenden wurde in Zusammenhang mit der nun erweiterten Einbeziehung Auszubildender in das SGB II neu geregelt (§ 11a Abs. 3 SGB II). Grundsätzlich werden alle Förderleistungen (BAB, BAföG mit Ausnahme des Kinderbetreuungszuschlags nach § 14b Abs. 1 BAföG, vergleichbare Leistungen der Begabtenförderungswerke, Ausbildungsgeld, Fahrtkosten, der erhaltene Unterhaltsbeitrag nach dem AFBG) ungeachtet der Zweckbestimmung einzelner Teile der Leistung als Einkommen berücksichtigt. Von den so erfassten Einnahmen sind künftig für alle Fallgestaltungen die Absetzbeträge nach § 11b Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 bis 5 SGB II (vorgeschrieben oder angemessene Versicherungen, geförderte Altersvorsorge, „Werbungskosten“) abzuziehen. Der Grundabsetzbetrag (100 EUR monatlich) gilt damit auch für diese Arten von Einnahmen.



(Fortsetzung: SGB II-Rechtsvereinfachungsgesetz ...)

Überbrückungsgeld für Haftentlassene

Überbrückungsgeld, das im Anschluss an eine Haftentlassung gezahlt wird, wird nicht als Einkommen berücksichtigt, soweit es den Bedarf der leistungsberechtigten Person für 28 Tage übersteigt (§ 11 a Abs. 6 SGB II). Die Anrechnung wird also auf einen Betrag begrenzt, der dem Bedarf des Haftentlassenen in den 28 Tagen einschließlich des Tages der Haftentlassung entspricht. Dabei werden alle Bedarfe, auch Mehrbedarfe, erfasst. Ist der anrechenbare Teil des Überbrückungsgeldes so hoch, dass der Leistungsanspruch in dem Anrechnungsmonat entfällt, wird er auf 6 Monate aufgeteilt.

Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Ehrenamt

Bei kombiniertem Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Ehrenamt wird nun auch durch veränderten Gesetzestext (§ 11 b Abs. 2 Satz 3 SGB II) der BSG-Rechtsprechung gefolgt. Bisher mussten die Wissensdatenbank (WDB-Beitrag Nr.: 112057 / <http://tinyurl.com/h6d8zsp>) oder die fachlichen Hinweise (Rz. 11.166 / <http://tinyurl.com/gml7yr>) zu Rate gezogen werden, in denen sich aber auch hilfreiche und verständliche Beispiele finden.

Eingliederungsvereinbarung

Die Bestimmung zur Eingliederungsvereinbarung (§ 15 SGB II) wird komplett neu formuliert. Anders als bisher ist die Laufzeit der Eingliederungsvereinbarung nicht mehr regelmäßig auf sechs Monate festgelegt. Sie muss vielmehr spätestens nach 6 Monaten gemeinsam überprüft und fortgeschrieben werden. Die praktisch kaum relevanten Bestimmungen zur Schadenersatzpflicht beim Abbruch von Bildungsmaßnahmen wurden ersatzlos gestrichen.

Einstiegs geld

Für die Möglichkeit der Förderung einer Existenzgründung mittels Einstiegs geld (§ 16 b SGB II) entfällt das Tatbestandsmerkmal „arbeitslos“. Dadurch können auch Personen, die weder arbeitslos, beschäftigungslos oder arbeitsuchend sind bei Aufnahme einer Erwerbstätigkeit förderfähig

sein (z.B. Alg II-Berechtigte, die von Elternzeit in Selbständigkeit wechseln).

Arbeitsgelegenheit (AGH)

Die zeitliche Begrenzung für die Teilnahme an AGH (24 Monate innerhalb von 5 Jahren) wird aufgeweicht. Bei weiterer Erfüllung aller Voraussetzungen kann nun bis zu 12 weitere Monate in AGH zugewiesen werden (§ 16 d Abs. 6 SGB II).

Maßnahmeträger können Personalkosten erstattet bekommen, wenn eine besondere Anleitung, eine tätigkeitsbezogene Unterweisung oder eine sozialpädagogische Betreuung notwendig ist (§ 16 Abs. 8 SGB II).

Entfällt die Hilfebedürftigkeit während einer Eingliederungsmaßnahme, kann sie wie bisher trotzdem weiter gefördert werden. Die Förderung erfolgt aber nicht mehr als Darlehen und braucht deshalb auch nicht erstattet werden (§ 16 g SGB II).

Förderung schwer zu erreichender junger Menschen

Mit § 16 h SGB II wird ein neuer Paragraph zur Förderung schwer zu erreichender junger Menschen eingeführt. Für U25 sollen gezielt zusätzliche Hilfen ermöglicht werden, um sie in einer schwierigen Lebenslage unterstützen und sie (zurück) auf den Weg in Bildungsprozesse, Maßnahmen der Arbeitsförderung, Ausbildung oder Arbeit zu holen: „Die Förderung umfasst zusätzliche Betreuungs- und Un-

terstützungsleistungen mit dem Ziel, dass Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende in Anspruch genommen werden, erforderliche therapeutische Behandlungen eingeleitet werden und an Regelangebote dieses Buches zur Aktivierung und Stabilisierung und eine frühzeitige intensive berufsorientierte Förderung herangeführt wird.“ Abs. 2 erlaubt es sogar, ohne Antrag des Jugendlichen, Alg II zu zahlen, „wenn die Voraussetzungen der Leistungsberechtigung mit hinreichender Wahrscheinlichkeit vorliegen oder zu erwarten sind oder eine Leistungsberechtigung dem Grunde nach besteht.“

Örtliche Zusammenarbeit verschiedener Leistungsträger

§ 18 SGB II, der die örtliche Zusammenarbeit verschiedener Leistungsträger und Organisationen beschreibt, wird in weiten Teilen neu gefasst. Die Aufzählung der Stellen, mit denen eine Zusammenarbeit erfolgen kann, ist weiterhin nicht abschließend. Ziel der Zusammenarbeit ist die Beratung zu einer gleichmäßigen oder gemeinsamen Durchführung von Maßnahmen, aber auch die Verhinderung oder Aufdeckung von Leistungsmissbrauch.

Örtlicher Beirat

Im örtlichen Beirat (§ 18 d SGB II) wird den Stellungnahmen der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein höheres Gewicht beigemessen.

Kosten der Unterkunft

Im Bereich der KdU (§ 22 SGB II) wird klargestellt, dass der Bedarf auch dann nur in Höhe der bisherigen Aufwendungen anerkannt wird, wenn ein Umzug innerhalb eines Wohnungsmarktes ohne Zusicherung von einer angemessenen in eine unangemessene Wohnung erfolgt. Der bisherige Wortlaut bezog sich nur auf den Umzug von einer angemessenen Wohnung in eine ebenfalls angemessene, aber teurere Wohnung.

Rückzahlungen, die sich auf nicht anerkannte Aufwendungen für Unterkunft und Heizung beziehen, werden künftig nicht angerechnet (§ 22 Abs. 3 SGB II). Dies betrifft Leistungsbe-



rechtigte, bei denen das Jobcenter nicht die tatsächlichen KdU/Heizung anerkennt und die den Differenzbetrag zu den tatsächlichen Kosten „aus eigener Tasche“ zahlen. Es wird nun eine Anrechnung als unbillig angesehen, soweit der rückgezahlte Betrag der Höhe nach zuvor erbrachten Eigenmitteln entspricht.

Schon bisher soll vor Abschluss eines Vertrages über eine neue Unterkunft eine Zusicherung des Jobcenters eingeholt werden. Bei einem Umzug in einen neuen Zuständigkeitsbereich ist nun der am Ort der neuen Unterkunft örtlich zuständige kommunale Träger künftig für die Entscheidung über die Zusicherung der Unterkunftskosten am neuen Wohnort zuständig (§ 22 Abs. 4 SGB II).

Genossenschaftsanteile

Bislang war umstritten, ob Genossenschaftsanteile, die bei Bezug einer neuen Wohnung entstehen, wie Mietkautionen und als Darlehen zu behandeln sind, oder zuschussweise im Rahmen der KdU zu erbringen sind. Nun werden Genossenschaftsanteile systematisch den Mietkautionen zugeordnet (§ 22 Abs. 6 SGB II). Nachteil: Als Darlehen werden sie wie die Mietkaution gem. § 43 SGB II aufrechenbar.

Gesamtangemessenheitsgrenze

Zur Beurteilung der Angemessenheit der Aufwendungen für KdU/Heizung ist - wie schon bisher in der Variante „kommunale Satzung“ - die Bildung einer Gesamtangemessenheitsgrenze („Bruttowarmmiete“) zulässig. Dadurch können höhere Aufwendungen für die Unterkunft durch geringere Aufwendungen für die Heizung ausgeglichen werden und umgekehrt. Die Frage ist, welcher Betrag für Heizkosten in die Gesamtsumme einfließen wird. Aus dem Wortlaut und der Gesetzesbegründung lässt sich ableiten, dass es eine leichte Verbesserungen geben könnte (§ 22 Abs. 10 SGB II): „Dabei kann für die Aufwendungen für Heizung der Wert berücksichtigt werden, der bei einer gesonderten Beurteilung der Angemessenheit der Aufwendungen für Unterkunft und der Aufwendungen für Heizung ohne Prüfung der Angemessenheit im Einzelfall höchstens anzuerkennen wäre.“ Im Unterschied zur bisherigen

Regelung könnten nun die vergleichsweise großzügigen Grenzen kommunaler oder des Bundesheizspiegels zugrunde gelegt werden.

Einmalige Einnahmen

Einmalige Einnahmen werden angerechnet, indem sie auf einen Zeitraum von sechs Monaten gleichmäßig aufgeteilt werden. Wurde die aufgeteilte einmalige Einnahme jedoch vor Ablauf des Sechsmonatszeitraums verbraucht, bestand nach der BSG-Rechtsprechung aus Gründen der Existenzsicherung bislang ein regulärer Alg II-Anspruch (der vom Jobcenter allerdings bei sozialwidrigem Verhalten über § 34 SGB II als Ersatzanspruch geltend gemacht werden konnte). Nun erhalten Betroffene in diesen Fällen ein Darlehen (§ 24 Abs. 4 SGB II).

Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung

Die Neufassung des § 26 SGB II (Zuschüsse zu Beiträgen zur Krankenversicherung und Pflegeversicherung) tritt erst zum 01.01.2017 in Kraft. Es handelt sich dabei vor allem um die Umsetzung von drei BSG-Entscheidungen, die in der Praxis bereits berücksichtigt und nun in Gesetzestext gegossen wurden. Die Änderungen haben deshalb keine neue praktische Bedeutung für die Leistungsberechtigten.

Leistungen für Auszubildende

Bei den Leistungen für Auszubildende (§ 27 SGB II) wird nun in die, bei besonderer Härte möglichen, Leistungen der Mehrbedarf nach § 21 Abs. 7 SGB II (dezentrale Warmwassererzeugung) mit aufgenommen.

Härtefalltatbestand

Außerdem wird ein neuer Härtefalltatbestand aufgenommen, bei dem die Leistungen als Zuschuss zu erbringen sind. Dies betrifft Schüler/-innen, deren Ausbildung nach § 12 oder § 13 Abs. 1 Nr. 1 BAföG förderungsfähig ist, die aber wegen Überschreitung der Altersgrenze kein BAföG erhalten. Weitere Voraussetzung ist aber, dass die Ausbildung im Einzelfall für die Eingliederung der oder des Auszubildenden in das Erwerbsleben zwingend erforderlich ist und ohne die Erbringung von Leistungen zum Lebensunterhalt der Abbruch der Ausbildung droht.

Bildung und Teilhabe (BuT)

Im Bereich Bildung und Teilhabe (BuT) (§ 28 SGB II) gibt es eine Veränderung bei dem Anspruch auf Schulbedarf. Auch Schüler, die im jeweiligen Schuljahr nach den Stichtagen (1. August bzw. 1. Februar eines Jahres) erstmalig oder aufgrund einer Unterbrechung ihres Schulbesuches erneut in eine Schule aufgenommen werden, sollen im Ergebnis das gesamte Schulgeld erhalten: 70 EUR beim erstem Schultag in den Monaten August bis Januar und 100 EUR bei erstem Schultag in den Monaten Februar bis Juli.

Ersatzansprüche

In die Ersatzansprüche wegen sozialwidrigem Verhalten (§§ 34 und 34a SGB II) werden jetzt neben den Geldleistungen auch die Sachleistungen einbezogen. Bisher war nur der allgemeine Begriff „Leistungen“ genannt worden.



(Fortsetzung: SGB II-Rechtsvereinfachungsgesetz ...)

Vom Ersatzanspruch werden auch Fallgestaltungen umfasst, in denen Leistungsberechtigte die Hilfebedürftigkeit in dem Sinn herbeigeführt haben, dass die Leistungen sich erhöhen, aufrechterhalten oder nicht verringern, ohne hierfür einen wichtigen Grund zu haben.

Handelt es sich um Sachleistungen, sind diese grundsätzlich in Geld zu ersetzen.

Erstattungsanspruch

Neu eingeführt wird § 34b SGB II („Erstattungsanspruch bei Doppelleistungen“). Hiermit soll eine Regelungslücke geschlossen werden. Sie bezieht sich auf Fallgestaltungen, bei denen das Jobcenter Alg II vorgeleistet, aber keinen Erstattungsanspruch bei dem vorrangigen Leistungsträger geltend gemacht hat. Zahlt dieser die vorrangige Leistung an den Leistungsberechtigten aus, hat das Jobcenter nun gegen diesen einen Erstattungsanspruch. Damit wird korrigiert, dass die leistungsberechtigte Person im Ergebnis eine Doppelleistung erhalten hat.

Bei der Berechnung der Höhe von Ersatzansprüchen werden die Leistungen einbezogen, die an sämtliche Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft erbracht wurden (§ 34c SGB II).

Erbenhaftung

Die Erbenhaftung (§ 35 SGB II) wird ersatzlos gestrichen.

Aufschiebende Wirkung

Widerspruch und Anfechtungsklage gegen eine Entziehungsentscheidung nach § 66 SGB I („Folgen fehlender Mitwirkung“) im Bereich des SGB II werden künftig ausdrücklich von § 39 SGB II („Sofortige Vollziehbarkeit“) erfasst und entfalten damit keine aufschiebende Wirkung mehr.

Verfahrensrecht

Verschiedene Änderungen gibt es im Verfahrensrecht der §§ 40ff. SGB II.

§ 40 Abs. 1 SGB II wird so verändert, dass rechtswidrige nicht begünstigende Verwaltungsakte nicht später als vier Jahre nach Ablauf des Jahres, in dem der Verwaltungsakt bekanntgegeben wurde, zurückzuneh-

men sind. Nachzahlungen für die Vergangenheit werden weiterhin nur für die Zeit ab Beginn des letzten Kalenderjahres möglich. Dies gilt auch für die Rückforderung von Leistungen, die zu Unrecht bereits an das Jobcenter erstattet wurden.

Für den Fall der Rücknahme eines rechtswidrigen nicht begünstigenden Verwaltungsaktes, weil er durch eine Entscheidung des BVerfG für rechtswidrig erklärt oder durch ständige Rechtsprechung anders ausgelegt wurde, braucht der bestandskräftige Verwaltungsakt erst ab diesem Zeitpunkt korrigiert werden. Diese Einschränkung gab es zwar bisher auch schon, es war aber erforderlich, dass alle Träger der Grundsicherung im Sinne einer einheitlichen Verwaltungspraxis eine abweichende Auslegung vorgenommen haben. Nun reicht die abweichende Auslegung durch ein einzelnes Jobcenter (§ 40 Abs. 3 SGB II).

Mit dem neuen § 40 Abs. 4 SGB II wird geregelt, dass ein abschließender Bewilligungsbescheid mit Wirkung für die Zukunft bei Fallgestaltungen aufzuheben ist, in denen die Änderung der tatsächlichen Verhältnisse dazu führt, dass bei einem Neuantrag vorläufig entschieden worden wäre (§ 41a). Dies ist zum Beispiel bei Beginn einer selbständigen Tätigkeit während eines laufenden Leistungsbezuges der Fall.

Der bisherige § 40 Abs. 4 SGB II, wonach bisher im Fall von Erstattungsforderungen des Jobcenters abweichend von § 50 SGB X 56 % der bei der Berechnung des Alg II und des Sozialgeldes berücksichtigten Bedarfe für Unterkunft nicht zu erstatten

waren, wurde ersatzlos gestrichen. Betroffene sollen dadurch aber keinen Nachteil haben, weil im Zuge der Wohngeldreform die Möglichkeit geschaffen wurde, nachträglich Wohngeld zu beantragen. Der Wohngeldantrag müsste in diesem Fall spätestens in dem Monat gestellt werden, in dem das Alg II abgelehnt oder die Bewilligung aufgehoben wurde (§ 25 Abs. 3 WoGG). Diese Neuerung tritt erst zum 01.01.2017 in Kraft!

In Fällen, in denen ein Mitglied einer BG während des Leistungsbezuges verstirbt, erfolgt allein aus Anlass des Todes der leistungsberechtigten Person für den Sterbemonat keine Anpassung der Leistungsansprüche der verstorbenen Person und der mit ihr in Bedarfsgemeinschaft lebenden leistungsberechtigten Personen. Eine Erstattung der an den Verstorbenen überzahlten Leistungen im Sterbemonat soll ebenso unterbleiben wie eine nachträgliche Anpassung der Leistungsansprüche der weiteren haushaltsangehörigen Personen in diesem Zeitraum (§ 40 Abs. 5 SGB II).

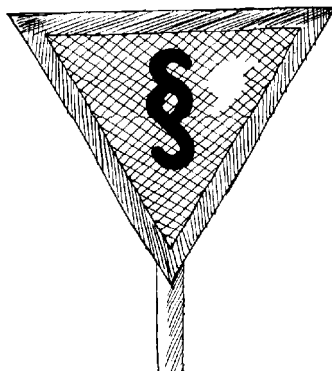
Dauer der Leistungsbewilligung

Die Bewilligung der Leistungen für in der Regel 12 Monate erfolgt durch § 41 SGB II. Ein abweichender, verkürzter Regelbewilligungszeitraum von 6 Monaten ist vorgesehen, wenn Leistungen vorläufig erbracht werden (z.B. bei Selbständigen) oder bei unangemessenen KdU/ Heizung.

Vorläufige Entscheidung

Der Themenbereich „vorläufige Entscheidung“ wird nun in § 41a eigenständig geregelt. Schon bisher konnte vorläufig entschieden werden (§ 40 Abs. 2 Nr. 1 SGB II i.V. mit § 328 SGB III), wenn die Feststellung des Leistungsanspruchs noch Zeit braucht, aber die Anspruchsvoraussetzung hinreichend wahrscheinlich ist oder dem Grund nach erfüllt sind. Aus dem „kann“ wird nun ein „ist vorläufig zu entscheiden“.

Die vorläufige Leistung ist so zu bemessen, dass der Lebensunterhalt gesichert ist, wobei bei der Anrechnung von Erwerbseinkommen der über 100 EUR hinausgehende Absetz-



betrag (10 oder 20 %) ganz oder teilweise unberücksichtigt bleiben kann.

Kommen Leistungsberechtigte ihrer Nachweis- oder Auskunftspflicht bis zur abschließenden Entscheidung trotz Fristsetzung und schriftlicher Belehrung nicht oder nicht vollständig nach, setzen die Jobcenter den Leistungsanspruch für diejenigen Kalendermonate nur in der Höhe abschließend fest, in welcher seine Voraussetzungen ganz oder teilweise nachgewiesen wurden. Für die übrigen Kalendermonate wird festgestellt, dass ein Leistungsanspruch nicht bestand (§ 41 a Abs. 3 SGB II)!

Bei der abschließenden Feststellung des Leistungsanspruches ist nun verpflichtend als Einkommen ein monatliches Durchschnittseinkommen zugrunde zu legen (§ 41 Abs. 4 SGB II).

Ausnahmen:

- fehlende Mitwirkung, so dass nur über einzelne Kalendermonate des abgelaufenen Bewilligungszeitraum abschließend entschieden werden kann;
- wenn die Bedarfsgemeinschaft unter Zugrundelegung eines Durchschnittseinkommens im Bewilligungszeitraum in keinem, aber bei monatlich exakter Abrechnung zumindest in einem Monat nicht hilfebedürftig ist;
- wenn der Leistungsberechtigte bereits während des laufenden Bewilligungszeitraumes nach Ablauf eines jeden Kalendermonats eine monatliche abschließende Entscheidung unter Berücksichtigung des im abgelaufenen Kalendermonat tatsächlich erhaltenen Einkommens wünscht (z.B. wenn aufgrund großer Einkommensschwankungen in Monaten mit deutlich geringerem Einkommen das Existenzminimum ansonsten nicht sichergestellt wäre).

Die bisherige Bagatellgrenze (§ 3 Abs. 3 Satz 3 Alg II-V) entfällt.

Wenn innerhalb eines Jahres nach Ablauf des Bewilligungszeitraums keine abschließende Entscheidung ergangen ist, gilt die vorläufig bewilligte Leistung als abschließend festgesetzt (§ 41 Abs. 5 SGB II). Das gilt jedoch nicht,

wenn der Leistungsberechtigte innerhalb der Jahresfrist eine abschließende Entscheidung beantragt hat.

Weitere Ausnahme:

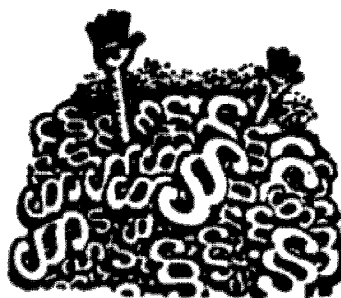
- wenn sich herausstellt, dass ein Anspruch auf die Leistungen nicht oder nur in geringerer Höhe bestand und die Rechtswidrigkeit der vorläufigen Leistungsgewährung zugunsten der leistungsberechtigten Person auf Tatsachen beruht, die nicht Anlass der vorläufigen Entscheidung und als Grund anzugeben waren.

Vorschussregelung

Zusätzlich zur Darlehensregelung wegen eines unabweisbaren Bedarf nach § 24 Abs. 1 SGB II wird eine neue Vorschussregelung eingeführt, durch die auf Antrag des Leistungsberechtigten durch Bewilligungsbescheid festgesetzte, zum nächsten Zahlungszeitpunkt fällige Leistungsansprüche vorzeitig erbracht werden können (§ 42 Abs. 2 SGB II). Dabei handelt es sich jedoch um einen Betrag von max. 100 EUR (pro leistungsberechtigtem BG-Mitglied), der direkt mit der Auszahlung des nächsten Monats verrechnet wird. Den Vorschuss gibt es nicht, wenn im laufenden oder nächsten Monat eine Aufrechnung zu erwarten ist. Darlehen nach § 24 Abs. 1 SGB II und der neue Vorschuss sind deshalb nicht kombinierbar. Der Vorschuss ist ebenfalls nicht möglich, wenn im Folgemonat eine Sanktion wirkt oder in den vorangegangenen zwei Kalendermonaten bereits einmal ein Vorschuss in Anspruch genommen wurde.

Unpfändbarkeit

Wie bereits im SGB XII wird nun auch im SGB II die Unpfändbarkeit klar geregelt: Der Anspruch auf Alg II kann nicht abgetreten, übertragen, verpfändet oder gepfändet werden (§ 42 Abs. 4 SGB II).



Aufrechnung

§ 43 SGB II („Aufrechnung“) wird neu gefasst. Künftig sind laufende, ältere Aufrechnungen immer fortzuführen, wenn eine neue Aufrechnungserklärung dazukommt. Eine neue Forderung kann jedoch zusätzlich aufgerechnet werden, wenn die Höhe aller Aufrechnungen einen Betrag von 30 % nicht übersteigt. Kommt zu einer laufenden Aufrechnung von 10 % eine Forderung, die mit 30 % aufgerechnet werden könnte, hinzu, so kann diese wegen der Höchstgrenze nur mit 20 % aufgerechnet werden.

Eine Kumulation mehrerer Aufrechnungen (auch für Darlehen) ist stets nur bis zur Höchstgrenze von 30 % zulässig.

Ein Zusammentreffen einer Minderung aufgrund von Sanktionen mit einer Aufrechnung ist ebenfalls ausgeschlossen, sofern Aufrechnung und Minderung einen Betrag von 30 % des maßgebenden Regelbedarfs übersteigen (§ 43 Abs. 3 SGB II).

Arbeitsunfähigkeit

Die Anzeige- und Bescheinigungspflicht bei Arbeitsunfähigkeit wird etwas flexibilisiert (§ 56 Abs. 1 SGB II). Künftig soll die Pflicht nur dann bestehen bzw. auferlegt werden, wenn die Pflichterfüllung für die Integration in Ausbildung oder Arbeit oder für die Feststellung der Anspruchsvoraussetzungen (Erwerbsfähigkeit) erforderlich ist. In diesen Fällen sind die Jobcenter verpflichtet, die Anzeige- und Bescheinigungspflicht in die Eingliederungsvereinbarung aufzunehmen. In abweichenden Fällen, zum Beispiel bei Schülern an allgemeinbildenden Schulen, kann von der Auferlegung der Pflicht abgesehen werden.

Datenabgleich

Der Datenabgleich (§ 52 SGB II) wird nun auch für Mitglieder der BG ohne eigenen Leistungsanspruch möglich. Bei Beschäftigungsverhältnissen wird ein monatlicher, statt quartalsweiser, Abgleich zugelassen.

Bußgeldvorschriften

Bei den Bußgeldvorschriften wird ergänzend ein neuer Fall der Ordnungswidrigkeit eingeführt (§ 63 Abs. 1 Nr. 6 SGB II). Ordnungswidrig handelt nun auch die Person, die bei Antragstellung für die Leistung erhebliche Tatsachen vorsätzlich oder fahrlässig nicht, nicht richtig oder nicht vollständig angibt.

(Fortsetzung: SGB II-Rechtsvereinfachungsgesetz ...)

Gemeinschaftsunterkünfte

In Gemeinschaftsunterkünften ohne Selbstversorgungsmöglichkeit können Verpflegung und Haushaltsenergie als Sachleistung erbracht werden (§ 65 SGB II; Befristung bis 31.12.2018).

Der Wert der Sachleistungen im Beispiel eines Singles beträgt 156 EUR.

Alg II-Verordnung

Zeitgleich mit dem Inkrafttreten des Rechtsvereinfachungsgesetzes treten auch Änderungen in der Alg II-Verordnung in Kraft:

- ❑ Für Einnahmen aus Kapitalvermögen wird ein Freibetrag von 100 EUR kalenderjährlich eingeführt. Nur der 100 EUR übersteigende Betrag ist anrechenbar (§ 1 Abs. 1 Nr. 3 Alg II-V).
- ❑ Nachgewiesene Jahresbeiträge zu den gesetzlich vorgeschriebenen Versicherungen sind mit monatlich 1/12 des Jahresbeitrages vom Einkommen absetzbar (§ 6 Abs. 1 Nr. 3 SGB II). Erstmals anzuwenden für Bewilligungszeiträume, die nach dem 31.07.2016 begonnen haben!
- ❑ Der Riesterbeitrag wird pauschal mit 3 % des Einkommens, mindestens 5 EUR, anerkannt. Der Prozentwert mindert sich um 1,5 % je zulageberechtigtem Kind im Haushalt der oder des Leistungsberechtigten (§ 6 Abs. 1 Nr. 4 SGB II). Erstmals anzuwenden für Bewilligungszeiträume, die nach dem 31.07.2016 begonnen haben!
- ❑ Die Arbeitsmittelpauschale (bisher 15,33 EUR - § 6 Abs. 1 Nr. 3 SGB II) wird ersatzlos gestrichen. Es ist nun der Nachweis tatsächlicher Aufwendungen erforderlich.

SGB II-Datenplattform für NRW

Die G.I.B. (Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung mbH) hat eine „Interaktive Datenplattform - Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)“ online gestellt:

<http://tinyurl.com/j2a5wx7>.

Durch dieses neue Angebot werden aktuelle, NRW-spezifische Daten zu den Rahmenbedingungen des lokalen Arbeitsmarktes sowie der Zusammensetzung der Arbeitsuchenden im SGB II für die Kreise und Städte bereitgestellt. Je nach Erkenntnisinteresse lassen sich Tabellen individuell zusammenstellen.

Dabei kann unter zahlreichen SGB II-spezifischen Arbeitsmarkindikatoren (z.B. Arbeitslosenquote, Anteil Arbeitsloser im SGB II an allen Arbeitslosen, Entwicklung des Bestandes ausschließlich geringfügig Beschäftigter) und der Zusammensetzung der Arbeitsuchenden im SGB II (z.B. Anteil alleinerziehender erwerbsfähiger Leistungsberechtigter an allen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten oder Anteil erwerbsfähiger Leistungsberechtigter über 55 Jahren an allen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten) ausgewählt werden. Auf Knopfdruck werden aber nicht nur die Daten für die ausgewählte Region dargestellt, sondern es ist genauso

einfach möglich, Regionen untereinander, mit den Gesamt-NRW-Zahlen sowie dem Bundesdurchschnitt zu vergleichen. Selbstverständlich werden auch Zeitbezüge angeboten.

Im Bereich „Download“ können Übersichtsdateien heruntergeladen werden. Dargestellt sind die Werte von allen Jobcentern in Nordrhein-Westfalen, Nordrhein-Westfalen gesamt und Deutschland gesamt über alle Indikatoren mit auswählbarem Zeitbezug als Excel-Tabelle oder im PDF-Format. Ein Glossar mit Erläuterungen der verschiedenen Arbeitsmarktindikatoren rundet das Angebot ab.

Gothaer SG ruft wegen Sanktionen erneut das Bundesverfassungsgericht an

Nachdem das Bundesverfassungsgericht einen in dem erstinstanzlichen Verfahren S 15 AS 5157/14 ergangenen Vorlagenschluss aus dem Jahr 2015 mit Entscheidung vom 06.05.2016 aus formalen Gründen zurückgewiesen hatte, hat nunmehr die 15. Kammer des SG Gotha die Verfassungsmässigkeit der Sanktionsregeln gegen Arbeitsuchende im Bereich der Grundsicherung nach dem SGB II erneut in Zweifel gezogen und die Sache dem BVerfG zur Entscheidung über die Vereinbarkeit der Sanktionsregeln mit dem Grundgesetz vorgelegt.

Nach Auffassung der Richter verstößen die Sanktionsregelungen im SGB II gegen mehrere verfassungsmäßig garantierte Grundrechte. Die Kammer hat darum das erstinstanzliche Verfahren ausgesetzt und dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung der Frage der Verfassungswidrigkeit der SGB II-Sanktionsregelungen und der darauf beruhenden Sanktionspraxis der Jobcenter vorgelegt.

Eine ausführliche Medieninformation wurde vom SG Gotha herausgegeben:

<http://tinyurl.com/j5q4mta>



Referentenentwurf zur Regelbedarfsermittlung

Das BMAS hat den Referentenentwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen veröffentlicht. Damit sollen u.a. die Regelbedarfe zum 01.01.2017 angepasst werden, und zwar auf Grundlage der letzten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS). Dabei handelt es sich nicht um eine reine Fortschreibung, wie in den vergangenen Jahren, sondern um eine Neufestsetzung auf der Grundlage einer (neuen) EVS. Diese stammt aus dem Jahr 2013, wurde aber erst im September 2015 in einer aufbereiteten Form veröffentlicht. Nebenbei sollen auch verschiedene Anforderungen aus einer Entscheidung des BVerfG aus dem Jahr 2014 erfüllt werden.

Im Ergebnis sieht der Entwurf eine Anhebung der Regelbedarfe für Alleinstehende/Alleinerziehende um 5 EUR auf 409 EUR vor. Paare erhalten pro Partner 4 EUR mehr (368 EUR) und volljährige U25 erhalten 3 EUR zusätzlich (327 EUR). 14 bis 18jährige sollen 5 EUR mehr bekommen (311 EUR) während Kinder unter 6 Jahre unverändert 237 EUR erhalten. Eine deutliche Steigerung erfahren nur die Regelbedarfe für Kinder von 6 bis 13 Jahre, denen 21 EUR mehr (291 EUR) zugestanden werden soll.

Die durchweg geringen Anhebungen lassen Zweifel aufkommen, ob die Regelbedarfe seriös ermittelt wurden. Denn das BVerfG hatte zuletzt die Regelbedarfe als „gerade noch bedarfsdeckend“ und verfassungskonform erklärt. Es dürfte nur eine Frage der Zeit sein, bis die nun angestrebte Neufestsetzung ebenfalls von den Gerichten überprüft wird. Das Internet-Vergleichsportal „check24“ hat z.B. jüngst ermittelt, dass schon derzeit der Regelbedarf nicht ausreicht, um Stromkosten zu decken: Der durchschnittliche Strompreis in der Grundversorgung ist für einen Singlehaushalt in Deutschland im Schnitt 27 % höher als der ALG-II-Regelsatz für Wohnen, Energie und Wohninstandhaltung. Alg II Berechtigte zahlen pro Jahr demnach durchschnittlich 108 EUR mehr für Strom, als im Regelbedarf enthalten ist (<http://tinyurl.com/gr6jdvr>). Selbst diese, nur den Stromverbrauch betreffende Unterdeckung, wird durch die geplante Erhöhung nicht kompensiert. Es wird daher weiter zu diskutieren und am Ende gerichtlich zu entscheiden sein, ob die Ermittlung der Regelbedarfe methodisch sauber vorgenommen oder nicht vielmehr künstlich kleingerechnet wurden. Der Paritätische Wohlfahrtsverband bezeichnete die geplanten Re-

gelsätze denn auch als „Affront“ und „in keiner Weise bedarfsdeckend“. Ähnliche Kritik gibt es auch von anderen Sozial- und Wohlfahrtsverbänden sowie der Opposition im Bundestag.

Den 106seitigen Referentenentwurf (Stand: 29.08.2016) gibt es u.a. hier:

<http://tinyurl.com/gsg6eo3>.

Die zugrundeliegende Einkommens- und Verbrauchsstichprobe findet sich unter:

<http://tinyurl.com/jkooaxa>.



NAK fordert stärkere Bezuschussung von Waschmaschinen oder Kühlschränken für Alg II-Berechtigte

Um die schleppende Nachfrage nach Elektrofahrzeugen anzukurbeln, haben sich Bundesregierung und Autoindustrie auf Kaufprämien verständigt. „Diese Nachricht überrascht vor dem Hintergrund, dass für die Anschaffung von stromsparenden Geräten bei Hartz-IV-Empfängern angeblich kein Geld da ist“, sagt Dr. Frank Johannes Hensel, Sprecher der Nationalen Armutskonferenz (nak).

Ob Waschmaschine, Kühl- oder Gefrierschrank - in ärmeren Haushalten sind diese Geräte häufig veraltet und wahre Stromfresser. Einer Studie zufolge liegt die monatliche Strom-

rechnung um etwa ein Fünftel über der Summe, die im Hartz-IV-Regelsatz dafür vorgesehen ist. Für viele Familien sei das eine enorme Belastung, so die nak.

Hensel: „Es passt nicht zusammen, wenn die Gemeinschaft der Steuerzahler der Industrie mit Milliarden EUR hilft, Elektrofahrzeuge zu verkaufen, während sich gleichzeitig Langzeitarbeitslose keine neue Waschmaschine leisten und ihren Strom nicht mehr bezahlen können.“

Was etwa in Österreich möglich ist, werde in Deutschland ignoriert. Ist dort der Kühlschrank, die Gefriertruhe

oder Waschmaschine eines Hartz-IV-Empfängers alt und verbraucht zu viel Strom, dann kann das Gerät mit dem höchsten Verbrauch durch ein effizienteres ersetzt werden - dafür gibt es dann einen Zuschuss.

Mit seinem Urteil vom 23. 07. 2014 hat das Bundesverfassungsgericht die Bundesregierung aufgefordert, fortlaufend zu prüfen, ob das Existenzminimum noch gedeckt ist. Ausdrücklich heißt es dabei auch, dass die Entwicklung der Preise für Haushaltsstrom berücksichtigt werden müssten. „Hier fehlt deutlich der Wille, die zunehmende Energiearmut wirksam zu bekämpfen“, so Hensel.

Achtung Statistik!

Die Grundsicherungsstatistik SGB II unterscheidet zwei Betrachtungsebenen: Personen, die dem Rechtskreis SGB II zugeordnet werden, und Bedarfsgemeinschaften, denen diese Personen angehören. Daraus leitet die Grundsicherungsstatistik SGB II folgende Gruppen ab: Bedarfsgemeinschaften (BG) und Personen in Bedarfsgemeinschaften, wobei die Personen in erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb) und nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (nELb) unterteilt werden.

Mit diesem Konzept werden aber nur fast alle Empfänger von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes in der Statistik abgebildet. Einige Mitglieder von Bedarfsgemeinschaften (BG) wurden im bisherigen Zählkonzept nicht oder nicht systematisch berücksichtigt, z.B. Personen mit Anspruch auf

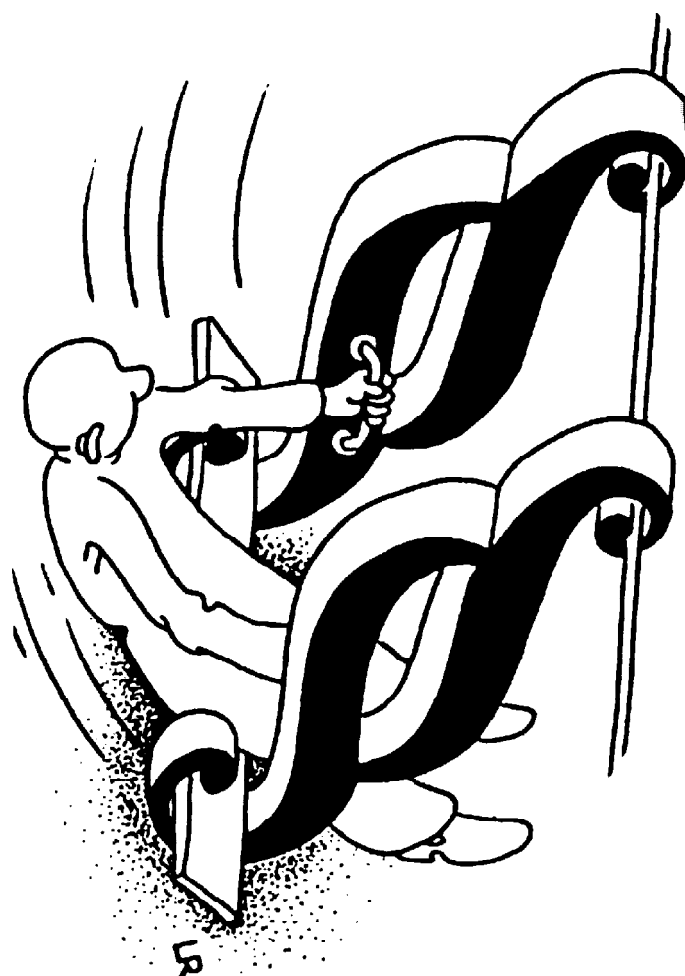
- Leistungen für Auszubildende (§ 27 SGB II),
- Kranken- bzw. Pflegeversicherungszuschüsse zur Vermeidung von Hilfebedürftigkeit § 26 SGB II Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 Satz 3),
- ausschließlich Leistungen für Bildung und Teilhabe (§ 28 SGB II) oder
- ausschließlich einmalige Leistungen (§ 24 Abs. 3 SGB II).

Die BA hat deshalb die statistische Methodik einer Revision unterworfen, die diese Mängel behebt und dabei auch Personen einbezogen, die keinen Leistungsanspruch nach dem SGB II haben, aber mit anderen Leistungsberechtigten in einer Bedarfsgemeinschaft leben. Seit April 2016 werden nur noch revidierte Daten veröffentlicht. Dies führt zu einer größeren Differenzierung und Transparenz, kann aber auch zu Problemen beim Vergleich von Zahlen führen, die nach dem alten und nach dem neuen Zählkonzept ausgewertet wurden. Denn durch die konzeptionellen und definitorischen Präzisierungen ändern sich auch die Anzahlen der Personen in den einzelnen Personengruppen im Vergleich vor und nach der Revision. Zum Beispiel steigt durch die Revision die Gesamtzahl der Personen in Bedarfsgemein-

schaften bundesweit um 2,5 % an, weil durch das erweiterte Zähl- und Gültigkeitskonzept auch die Personengruppen der sonstigen Leistungsberechtigten und der vom Leistungsanspruch ausgeschlossenen Personen vollständig abgebildet werden. Hingegen verringert sich die Anzahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten um 0,7 % und die der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten um 8,2 %, weil nun die Kinder ohne Leistungsanspruch eine eigene Personengruppe bilden.

Die BA hat sowohl die Revision der Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II, als auch die Revisionseffekte ausführlich

dokumentiert (<http://tinyurl.com/h6tj4zm> bzw. <http://tinyurl.com/j6yfszs>). Trotzdem sind bereits einige Presseveröffentlichungen in die Statistikfalle getappt. So wurde u.a. berichtet, dass die Zahl der Alg II-Beziehenden, die länger als 4 Jahre im Leistungsbezug stehen, im Dezember 2015 erstmalig stark gesunken sei, und zwar um 7,9 % gegenüber dem Vorjahreswert. Dies sei der niedrigste Stand seit Einführung von Hartz IV. Hier wurden unzulässigerweise Daten vor und nach der Revision miteinander verglichen und nicht um die Revisionseffekte bereinigt. Tatsächlich betrug der Rückgang aber nur 0,8 %.



Änderung bei fiktiver Bemessung!

Kann für die Berechnung der Höhe eines Alg-Anspruchs ein Bemessungszeitraum von mindestens 150 Tagen mit Anspruch auf Arbeitsentgelt innerhalb des auf zwei Jahre erweiterten Bemessungsrahmens nicht festgestellt werden, ist als Bemessungsentgelt ein fiktives Arbeitsentgelt zugrunde zu legen (§ 152 Abs. 1 SGB III). Eine fiktive Bemessung erfolgt z.B. häufig im Anschluss an Mutterschutz- und Erziehungszeiten (vgl. hierzu ausführlich SOZIAL INFO 4/2015, S. 15).

Die fiktive Einstufung erfolgt nach Qualifikationsgruppen, denen ein bestimmtes Bruttoarbeitsentgelt zugeordnet wird. Diese Zuordnung war bislang nach alten und neuen Bundesländern differenziert. Das BSG hat jedoch zuletzt in einer Entscheidung (B 11 AL 2/15 R vom 26.11.2015) festgestellt, dass § 408 Nr. 1 SGB III („Besondere Bezugsgröße und Beitragsbemessungsgrenze“) auf die Fälle einer fiktiven Bemessung von Alg keine Anwendung findet. Das bedeutet, dass bei der Zuordnung zur Qualifikationsgruppe ausschließlich die Bezugsgröße West maßgeblich ist. Dies gilt unabhängig vom Wohnort und selbst dann, wenn sich die Vermittlungsbemühungen allein auf die neuen Bundesländer erstrecken!

Die BA hat jüngst diese Rechtsprechung anerkannt und die Geschäftsanweisung zu § 152 SGB III aktualisiert. Demnach sollen die Agenturen

□ die geänderte Weisungslage ab sofort bei Entscheidungen über Ansprüche mit einem neuen Stammrecht anwenden;

□ Bewilligungen nach § 328 SGB III („vorläufige Entscheidung“) und § 42 SGB I („Vorschüsse“) bei der

endgültigen Festsetzung berichtigen;

□ in Widerspruchs- und Klageverfahren die Höhe des Arbeitslosengeldes rückwirkend unter Berücksichtigung von § 44 Abs. 4 SGB X korrigieren;

□ in bestandskräftigen Fällen auf Antrag korrigieren. Dabei sind § 44 SGB X und § 330 Abs. 1 zu beachten. Zeitpunkt der Entstehung der ständigen Rechtsprechung ist der 26.11.2015. Entstand das Stammrecht vor dem 26.11.2015, verbleibt es bei der Bemessungsgrundlage nach Bezugsgröße Ost.

Betroffene, die bereits bestandkräftige Bescheide erhalten haben, sollten unter Berücksichtigung der oben genannten Einschränkungen einen Überprüfungsantrag nach § 44 SGB X stellen.

Weisungen zur Beschäftigungsverordnung

Durch die Verordnung über die Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern (Beschäftigungsverordnung - BeschV) wird die Zuwanderung ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gesteuert und bestimmt, unter welchen Voraussetzungen sie und die bereits in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer zum Arbeitsmarkt zugelassen werden können. Sie betrifft nur Ausländer, die in Deutschland einer Aufenthaltserlaubnis benötigen und denen die Aufnahme einer Beschäftigung gesondert erlaubt werden muss.

Die BA hat ihre Durchführungsanweisungen zur Beschäftigungsverordnung aktualisiert, da sie nicht mehr der geltenden Rechtslage entsprechen. Die Weisungen wurden hier veröffentlicht:

<http://tinyurl.com/zoqhvcj>



Bundeswehr und BA

Bundeswehr und Bundesagentur für Arbeit kooperieren schon seit längerer Zeit. Die Bundeswehr gilt für die BA als Großkunde und ist mit 185.000 Soldaten und 55.000 Zivilangestellten einer der größten Arbeitgeber in Deutschland. Die nun ausgelaufene, bisherige Kooperationsvereinbarung, wurde durch eine Weisung (201606006 vom 20.06.2016) aktualisiert und bezieht sich auf die Bereiche Personalgewinnung von Soldaten und zivilen Beschäftigten, Personalvermittlung von ausscheidenden Soldaten auf Zeit sowie den Personaltransfer.

Die Weisung ist veröffentlicht unter

<http://tinyurl.com/j6c8ntz>

Aus „Ausbildung wird was - Spätstarter gesucht“ wird „Zukunftsstarter“

Die Qualifizierungsinitiative des Bundes „Ausbildung wird was - Spätstarter gesucht“ wird unter neuem Namen und mit erweiterten Fördermöglichkeiten fortgesetzt.

Zielgruppe sind vor allem Arbeitslose und Beschäftigte zwischen 25 und 35 Jahren, die noch keine Berufsausbildung haben. Sie sollen für den nachträglichen Erwerb eines Berufsabschlusses gewonnen werden. Die neue Initiative „Zukunftsstarter“ wird das Programm fortsetzen und soll bis Ende 2020 120.000 junge Teilnehmerinnen und Teilnehmer für eine berufsabschlussorientierte Qualifizierung gewinnen.



Arbeitsmarktprogramm „Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen“ (FIM)

Die Bundesregierung fördert mit einem neuen Arbeitsmarktprogramm Arbeitsgelegenheiten jährlich 100.000 Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Die Förderung wird von der Bundesagentur für Arbeit als befristetes Arbeitsmarktprogramm des Bundes mit einer Laufzeit vom 01.08.2016 bis zum 31.12.2020 durchgeführt.

Das Programm richtet sich insbesondere an solche Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die nicht mit einer schnellen Entscheidung rechnen können. Teilnehmen können volljährige arbeitsfähige Leistungsberechtigte, nicht jedoch solche Asylbewerber, die aus sicheren Herkunftsstaaten kommen, sowie vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer, einschließlich der Inhaber einer aufenthaltsrechtlichen Duldung.

Weiterführende Integrationsmaßnahmen, wie Maßnahmen der Arbeitsförderung sowie die Teilnahme an einem Sprach- oder Integrationskurs oder die Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, einer Ausbildung oder eines Studiums, haben Vorrang vor der Teilnahme an einer FIM. Ist die Teilnahme an einem Sprach- oder Integrationskurs vorgesehen, ist eine Kombination beider Maßnahmen möglich, soweit der Vorrang der Sprach- bzw. Integrationskurse gewährleistet bleibt.

Einzelheiten zum Programm und den Förderbedingungen sind in der Programmrichtlinie enthalten, die im Bundesanzeiger veröffentlicht wurde:

<http://tinyurl.com/zde3gjx>



Bundesrat will Sozialgerichte entlasten

Die Belastung der Sozialgerichte ist insbesondere durch die SGB II-Klagen unverändert hoch. 2014 gab es allein in der Erstinstanz über 370.000 Klagen in Hauptsacheverfahren und über 47.000 Verfahren im einstweiligen Rechtsschutz. Der Bundesrat möchte die Belastung durch prozessuale Änderungen reduzieren und hat dazu einen Gesetzentwurf (BT 18/8971) eingebracht. Dieser sieht Änderungen im Sozialgerichtsgesetz vor, u.a. dass der Vorsitzende ohne Mitwirkung der ehrenamtlichen Richter entscheiden kann, wenn sich die Beteiligten hiermit einverstanden erklärt haben (sog. „konsentierter Einzelrichter“). Die gerichtliche Überprüfungspflicht soll bei unstreitigen Elementen des Streitgegenstandes beschränkt werden. Außerdem sind Änderungen im Berufungsrecht vorgesehen. Der Gesetzentwurf, dem das BMAS kritisch gegenüber steht, findet sich hier:

<http://tinyurl.com/j5ecjoe>.

Höhere Sätze für BAB, Ausbildungsgeld und BAföG

Für BAB und Ausbildungsgeld gelten seit 01.08.2016 höhere Sätze. Angehoben wurden sowohl die Bedarfsätze und die Einkommensfreibeträge wie auch die Bedarfe für Unterkunft.

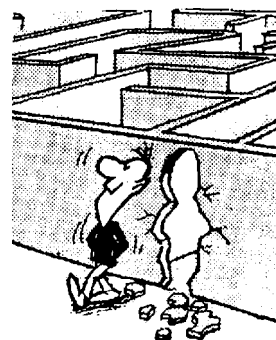
Mehr Geld gibt es auch beim BAföG. Hier wurde u.a. der Höchstsatz von 670 EUR auf 735 EUR angehoben.

Detaillierte Listen gibt es hier:

<http://tinyurl.com/jpxp5oh>

und

<http://tinyurl.com/gw33sfz>



„Neue Wege gehen.“

Familienarbeitszeit und Familiengeld

Auf einer Pressekonferenz hat Bundesfamilienministerin Schwesig das Konzept der Familienarbeitszeit vorgestellt. In Ergänzung zum Elterngeld und Elterngeld plus soll das Modell Eltern jüngerer Kinder darin unterstützt werden, die Zeit untereinander so aufzuteilen, dass beide Eltern gleich viel Zuwendungszeit für das Kind haben. Gleichzeitig soll aber auch die individuelle Existenz gesichert werden. Das Konzept sieht drei Kernpunkte vor:

- Eltern jüngerer Kinder, die beide 80 - 90% ihrer regulären Vollzeit (28 bis 36 Wochenstunden) arbeiten, erhalten ein Familiengeld von 300 EUR - 150 EUR pro Partner.
- Das Familiengeld soll bis zu 24 Monate gezahlt werden - für alle

Kinder, die ab einem bestimmten Tag geboren sind (zum Beispiel ab dem 1.1.2018), bis diese acht Jahre alt sind.

- Auch Allein- und Getrennterziehende sollen das Familiengeld erhalten.

In der Annahme, dass etwa ein Fünftel aller Anspruchsberechtigten das Familiengeld in Anspruch nehmen würden, werden vom Ministerium die Kosten in einer Größenordnung von 1 Mrd. EUR kalkuliert. Ministerin Schwesig glaubt selbst nicht an eine kurzfristige Umsetzung ihres Planes, sondern sieht den Vorschlag eher als Wahlkampfthema mit einer Umsetzungsmöglichkeit in der nächsten Legislaturperiode.



Mindestlohn steigt 2017

Ab dem 01.01.2017 wird der Mindestlohn in Deutschland angehoben - allerdings nur um 34 Cent auf 8,84 EUR. Dies ist das Ergebnis des Mindestlohnberichts, den die Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles der Bundesregierung vorgelegt hat, damit er als Rechtsverordnung ab 1. Januar 2017 verbindlich werden kann.

Die Höhe der Anpassung orientiert sich nachlaufend an der Tarifenwicklung. Als Grundlage für die Berechnung der nachlaufenden Tarifenwicklung stützt sich die Mindestlohnkommission auf den Tarifindex des Statistischen Bundesamtes. Unter Einbeziehung der der Tarifabschlüsse im Öffentlichen Dienst hat das Statistische Bundesamt eine Entwicklung der Tarifverdienste von 4,0 % ermittelt,

woraus sich die Erhöhung des Mindestlohns um 34 Cent errechnet.

Zum 31.12.2016 läuft außerdem die Übergangsregelung aus, die erlaubt, tarifvertraglich vom Mindestlohn abzuweichen.

Zwei Sonderregelungen gelten für Zeitungsausträger und Saisonkräfte: Zeitungsausträger müssen 2016 mindestens 7,23 EUR brutto pro Stunde bekommen (85 Prozent des gesetzlichen Mindestlohns). Ab dem 01.01.2017 haben sie Anspruch auf brutto 8,50 EUR. Ab dem 01.01.2018 gilt auch für Zeitungsausträger dann der neu festgesetzte Mindestlohn. Für Saisonarbeitskräfte, zum Beispiel Erntehelfer, gilt der gesetzliche Mindestlohn. Allerdings können Saisonarbeiter kurzfristig statt 50 bis zu 70 Tage

pro Jahr sozialabgabenfrei arbeiten. Diese Regelung gilt noch bis Ende 2018.

Weiterhin bestehende Ausnahmen gelten für folgende Zielgruppen:

- ❑ Beschäftigte unter 18 Jahren sowie Auszubildende, junge Menschen in Einstiegsqualifizierungen und Pflicht-Praktika erhalten keinen Mindestlohn.
- ❑ Für freiwillige Orientierungs-Praktika gibt es den Mindestlohn erst ab dem 4. Monat.
- ❑ Langzeitarbeitslose (seit mindestens einem Jahr bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldet), die eine neue Stelle finden, haben erst ab dem 7. Monat Anspruch auf den Mindestlohn.



IAB-Kurzbericht 15/2016

Geflüchtete Menschen in Deutschland - eine qualitative Befragung

In einer Studie im Auftrag des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), des Forschungszentrums Migration, Integration und Asyl des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF-FZ) und des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) wurden eineinhalb- bis zweistündigen Interviews von 123 Flüchtlinge und 26 Experten aus der Flüchtlingsarbeit ausgewertet.

Die meisten Befragten - mit Ausnahme derjenigen aus den Balkanländern - berichteten von persönlichen Bedrohungen durch Krieg und Verfolgung, viele von traumatischen Erlebnissen auf der Flucht.

Mit Deutschland verbinden die meisten Grundwerte wie Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenwürde und Religionsfreiheit. Allerdings ist

auch ein paternalistisches Verständnis der Geschlechterrollen erkennbar.

Fast alle - geschlechtsunabhängig - zeigen eine ausgeprägte Erwerbs- und Bildungsorientierung. Allerdings verschieben viele Ältere ihre Bildungsambitionen auf ihre Kinder.

Die Dauer des Asylverfahrens und die damit verbundene Ungewissheit empfinden viele als belastend.

Fast alle zeigen eine starke Arbeitsmotivation und Integrationsbereitschaft, sehen jedoch für ihre Arbeitsmarktintegration die größten Herausforderungen im Erwerb von Sprachkompetenzen und Bildungsabschlüssen sowie die Überwindung institutioneller Hürden.

Download unter:
<http://tinyurl.com/gnbfgek>

Aufstockerleistungen nach dem SGB II

Die Bundesregierung hat auf die Kleine Anfrage „Aufstockerleistungen nach dem SGB II“ (BT 18/7978) von Jutta Krellmann u.a. und der Fraktion DIE LINKE im Bundestag geantwortet. Demnach gab es im September 2015 1,13 Millionen abhängig Beschäftigte Arbeitnehmer mit Alg II-Bezug. Davon waren 591.000 sozialversicherungspflichtig und 421.000 geringfügig als Minijobber beschäftigt. Von den 591.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Alg II-Beziehenden waren 200.000 in Vollzeit und 391.000 in Teilzeit beschäftigt.

Bezogen auf alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gibt es die höchsten Anteile von Arbeitslosengeld II-Beziehenden in den Branchen Gebäudebetreuung, Landschafts- und Gartenbau (9,9 Prozent), der Gastronomie (9,3 Prozent) und dem Spiel-, Wett- und Lotteriewesen (8,0 Prozent).

Die Antwort der Bundesregierung beinhaltet neben der Aufschlüsselung nach Wirtschaftszweigen auch eine Differenzierung nach Bundesländern, Kreisen und kreisfreien Städten sowie nach Berufsgruppen.

Download unter:
<http://tinyurl.com/zkn8ror>

IAB-Regional

Nordrhein-Westfalen 2/2016:

Langzeitarbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen

(von Frank Bauer, Duncan Roth, Georg Sieglén)

Trotz anhaltenden Beschäftigungswachstums stagniert die Zahl der Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen, wie in Deutschland insgesamt, in den letzten Jahren.

Infolgedessen kann es zu Verfestigungen der Arbeitslosigkeit sowie zu längeren Arbeitslosigkeitsdauern kommen. Dies zeigt sich auch darin, dass die Zahl der Personen mit besonders langer Dauer der Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen zuletzt gestiegen ist.

Dieser Beitrag widmet sich zwei Fragestellungen: Einerseits wird der Bestand der Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen im Hinblick auf verschiedene Strukturmerkmale sowie auf die regionale Verteilung analysiert; zum anderen stehen die Übergänge aus Arbeitslosigkeit in Beschäftigung im Fokus.

Um der Heterogenität der Gruppe der Arbeitslosen gerecht zu werden, werden zwei weitere Personengruppen gebildet und mit der Gesamtheit aller Arbeitslosen verglichen. Dabei handelt es sich einerseits um die Gruppe aller Langzeitarbeitslosen sowie um eine als ‚arbeitsmarktferne‘ Langzeitarbeitslose bezeichnete Untergruppe, für die lange Dauern der Arbeitslosigkeit und kurze Beschäftigungserfahrungen kennzeichnend ist. Die Ergebnisse zeigen, dass insbesondere Ältere und Personen ohne Berufsausbildung bei den Langzeitarbeitslosen überrepräsentiert sind. Deutlich seltener - gemessen am Bestand - können Langzeitarbeitslose Übergänge in Beschäftigung realisieren. Gelingt die Aufnahme einer Beschäftigung, ist diese für Langzeitarbeitslose im Durchschnitt von kürzerer Dauer. In den meisten Fällen sind diese Unterschiede für die ‚arbeitsmarktfernen‘ Langzeitarbeitslosen noch stärker ausgeprägt.“ (Autorenreferat, IAB-Doku)

Download unter:

<http://tinyurl.com/jpa4jwu>

Sozialrechtlicher Herstellungsanspruch und Amtshaftung

Der Gesetzgeber geht davon aus, dass die Behörden und auch die Jobcenter über geschulte, fach- und sachkundige Mitarbeiter verfügen, die kompetent und umfassend beraten. Trotzdem kann es zu Beratungsfehlern kommen, in deren Folge Bürger Ansprüche gegenüber dem Amt geltend machen können. In Betracht kommen dabei der sog. sozialrechtliche Herstellungsanspruch und die Amtshaftung.

Das Konstrukt des sozialrechtlichen Herstellungsanspruchs ist gesetzlich nicht normiert und hat sich u.a. aus der Rechtsprechung des BSG entwickelt. Zur Korrektur „normaler“ Fehlentscheidungen gibt es das Widerspruchs- und Klageverfahren nach dem SGG, das Überprüfungsverfahren nach § 44 SGB X oder das Wiedereinsetzungsverfahren nach § 27 SGB X. Ein sozialrechtlicher Herstellungsanspruch kommt hingegen für Sachverhalte in Betracht, bei denen durch ein objektives Fehlverhalten der Verwaltung die Entscheidung des Versicherten über die Wahrnehmung von Rechten zu seinen Ungunsten fehlgeleitet wurde. Der sozialrechtliche Herstellungsanspruch setzt dabei kein Verschulden des Sozialleistungsträgers voraus. Im Einzelnen verlangt das BSG für einen sozialrechtlichen Herstellungsanspruch die Erfüllung folgender Voraussetzungen:

- ❑ Der Sozialleistungsträger hat eine ihm aufgrund Gesetzes oder eines Sozial Rechtsverhältnisses obliegende Pflicht, insbesondere zur Auskunft und Beratung (§§ 14, 15 SGB I) verletzt.
- ❑ Es besteht ein kausaler Zusammenhang zwischen der Pflichtverletzung des Sozialleistungsträgers und einem Nachteil des Betroffenen.
- ❑ Der entstandene Nachteil muss durch eine zulässige Amtshandlung (rechtmäßiges Verwaltungshandeln) nachträglich wieder beseitigt werden können. Es ist erforderlich, dass durch Vornahme einer zulässigen Amtshandlung der Zustand hergestellt werden kann, der bestehen würde, wenn die Behörde ihre Verpflichtungen gegenüber dem Berechtigten nicht verletzt hätte.
- ❑ Die Korrektur durch den Herstellungsanspruch widerspricht nicht dem Gesetzeszweck.

Im Unterschied zum sozialrechtlichen Herstellungsanspruch setzt ein Schadenersatz wegen einer Amtspflichtverletzung ein Verschulden des Sozialleistungsträgers voraus. Sie beruht auf den rechtlichen Grundlagen des Art. 34 GG in Verbindung mit § 839 BGB („Haftung bei Amtspflichtverletzung“). Verletzt



ein Behördenmitarbeiter in Ausübung seiner dienstlichen Tätigkeit vorsätzlich oder grob fahrlässig die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so hat der Staat bzw. eine andere juristische Person des öffentlichen Rechts, dem Dritten den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen. Bei fahrlässigem Verhalten besteht die Amtshaftung nur, wenn der Geschädigte nicht auf andere Weise Ersatz zu erlangen vermag. Eine weitere Einschränkung: Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn der Geschädigte es vorsätzlich oder fahrlässig unterlassen hat, den Schaden durch Gebrauch eines Rechtsmittels abzuwenden. Dazu gehören neben den förmlichen Rechtsmitteln, wie z.B. Widerspruch oder ein Antrag auf Wiedereinsetzen in den vorigen Stand (§ 67 SGG) auch formlose Rechtsmittel, wie z.B. eine Dienstaufsichtsbeschwerde. Der Amtshaftungsanspruch ist zum sozialrechtlichen Herstellungsanspruch immer nachrangig.

Während für eine Auseinandersetzung um einen sozialrechtlichen Herstellungsanspruch der (kostenfreie) sozialgerichtliche Weg offen steht, haben über Ansprüche aus Amtshaftung die ordentlichen Gerichte (Landgericht) zu entscheiden. Zu beachten ist, dass bei diesen zivilrechtlichen Verfahren Kosten entstehen: der Verlierer zahlt. Vor einer Klageeinreichung sollten daher Erfolgsaussichten und Kostenrisiko mit anwaltlicher Unterstützung abgewogen und die Möglichkeiten der Prozesskostenhilfe geprüft werden. Die Amtsgerichte können hierfür auch unter den üblichen Voraussetzungen Beratungshilfe bewilligen.

Ein Beispiel für einen sozialhilfrechtlichen Herstellungsanspruch: Ein Arbeitsloser meldet sich bei der Agentur für Arbeit zum 01.01.2016 arbeitslos. Wegen einer nur kurzfristigen Beschäftigung ist kein neuer Anspruch entstanden, so dass nur ein Restanspruch von 30 Tagen bewilligt werden kann. Am 15.01.2016 findet zwar ein Beratungsgespräch bei der Arbeitsagentur statt, die Bewilligung des Alg für den Monat Januar erhält der Antragsteller aber erst am 01.03.2016 und wird darauf hingewiesen, dass er im Anschluss an das Arbeitslosengeld der Arbeitsagentur

das Alg II beim Jobcenter beantragen kann. Das Jobcenter wiederum bewilligt den dann gestellten Alg II-Antrag aber erst ab 01.03.2016. Bei rechtzeitiger Beantragung hätte der Betroffene jedoch bereits ab Februar einen Alg II-Anspruch gehabt. Hier kann nun ein sozialrechtlicher Herstellungsanspruch geltend gemacht werden.

Denn der Leistungsberechtigte hätte bei der Vorsprache am 15.01.2016 sofort darauf hingewiesen werden müssen, dass - für die Mitarbeiter der Agentur für Arbeit leicht ersichtlich - nur noch ein Restanspruch von wenigen Tagen bestand und dann gesondert bei einem neuen Leistungsträger (Jobcenter) ein Antrag gestellt werden muss. Wegen dieser objektiven Pflichtverletzung hat der Arbeitslose glaubhaft erst am 01.03.2016 den Antrag nach dem SGB II gestellt. Der Schaden besteht in einem Verlust des Anspruches auf Alg II. Dieser Schaden kann durch eine pflichtgemäße Amtshandlung beseitigt werden, nämlich dadurch, dass von der Antragstellung ausgegangen wird, die bei pflichtgemäßer Beratung vorgelegen hätte (01.02.2016).

Von der Rechtsprechung des BSG ist dabei auch eine Einstandspflicht für objektive Pflichtverletzungen eines Mitarbeiters eines anderen Sozialleistungsträgers anerkannt. Eine Einstandspflicht besteht, wenn die Zuständigkeitsbereiche beider Stellen mate-

riellrechtlich eng miteinander verknüpft sind. Die fehlerhaft handelnde Behörde ist dann aufgrund des bestehenden Kontaktes der aktuelle „Ansprechpartner“ des Versicherten. Eine objektive Pflichtverletzung besteht, wenn erkennbar ist, dass beim Antragsteller im Hinblick auf das andere sozialrechtliche Gebiet ein dringender Beratungsbedarf besteht.

Auf einen möglichen Anwendungsfall für einen Amtshaftungsanspruch hat das LSG Nordrhein Westfalen in Zusammenhang mit Schäden wegen verspäteter Alg II-Zahlungen hingewiesen. Im entschiedenen Fall waren für den Leistungsberechtigten wegen der verspäteten Alg II-Zahlung Rücklastschriftgebühren angefallen. Weder die Regelungen des SGB II noch die des SGB I sehen den Ersatz eines Schadens bei einer verzögerten Ausführung einer Leistungsbewilligung vor, so dass das LSG auf Rechtsweg zu den Zivilgerichten verwiesen hatte (LSG NRW, Beschluss vom 20.10.2014, L 19 AS 1287/14 B). Ein Schadensersatzanspruch über die Amtshaftung ist auch in Fällen denkbar, in denen das Jobcenter die Unterkunftskosten oder Beiträge an ein Energieversorgungsunternehmen nicht oder verspätet überweist. Hier können vor allem Schäden in Form auflaufender Mahngebühren entstehen, für die das Jobcenter unter den beschriebenen Bedingungen haf-



Durchblick und Leitfaden für Arbeitslose zum SGB II und SGB III

Der Fachhochschulverlag hat den „Durchblick für Arbeitslose“ auf den neuesten Stand gebracht. Bei dieser Veröffentlichung handelt es sich um 106 Schaubilder, die viele Fragen rund um das Thema SGB III zusammengefasst darstellen. Sie eignen sich für einen ersten Überblick zu einer Fragestellung ebenso wie als Grundlage für Gruppeninformationen durch Referenten. Das am 01.08.2016 in Kraft getretene „Gesetz zur Stärkung der beruflichen Weiterbildung und des Versicherungsschutzes in der Arbeitslosenversicherung (AWStG)“ ist bereits berücksichtigt.

Wer es genauer wissen will, greift zum Klassiker „Leitfaden für Arbeitslose - Rechtsratgeber zum SGB III“. Dieser seit Jahren unentbehrliche Ratgeber befindet sich topaktuell auf dem gleichen Rechtsstand wie der „Durchblick“. Besonders praktisch: Am Fuße jedes Schaubilds beim „Durchblick“ wird auf die entsprechende Seite im „Leitfaden“ verwiesen!

Der „Durchblick“ kostet 10 EUR, der „Leitfaden zum SGB III“ kann für 20 EUR erworben werden.



Ebenfalls neu erschienen ist der „Leitfaden zum Arbeitslosengeld II“ - Die Einarbeitung des 9. SGB II-Änderungsgesetzes, das am 01.08.2016 in Kraft trat, ließ die aktuelle 12. Auflage auf 1.040 Seiten anschwellen.

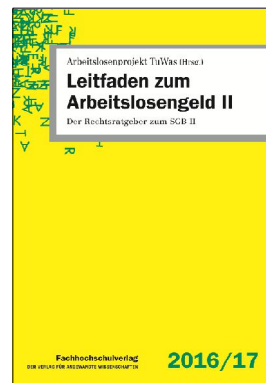
Der Ratgeber ist für 23 EUR zu haben und stellt damit eine kostengünstige Alternative zu wesentlich teureren und häufig hinterherhinkenden Kommentaren dar.

Unser Fazit:

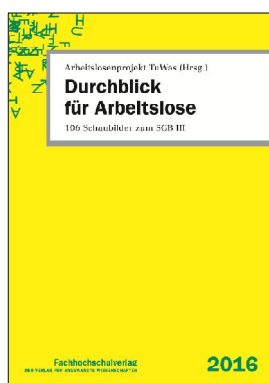
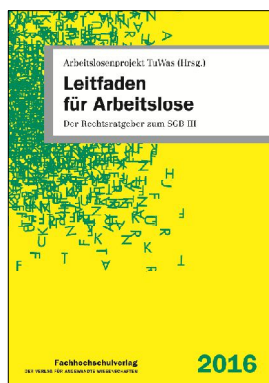
Für Berater und Beraterinnen ein unumgängliches „Must-have“.

Diese Publikationen sind entweder im Buchhandel oder beim Fachhochschulverlag erhältlich:

<http://tinyurl.com/j4dtw55>



Eine unentbehrliche Beratungshilfe für alle,
die Arbeitslosengeld II-Beziehenden
Unterstützung anbieten.



IMPRESSUM:

SOZIAL INFO 3/2016

Herausgeber:
ArbeitslosenZentrum Düsseldorf
der Zukunftswerkstatt Düsseldorf GmbH
Bolker Str. 14/16, 40213 Düsseldorf
Tel: 0211 / 828 949 0 Fax: 0211 / 828 949 29

E-Mail: azd@zwd.de
<http://www.zwd.de/azd>

Redaktion und Gestaltung:
Petra Jungen, Jürgen Lies

Erscheinungsweise: 4 mal jährlich

Preise: Version Print 20,- EUR*
Version Print plus PDF 24,- EUR*
Version PDF-Solo 15,- EUR*

*Alle Preise inkl. MwSt., Versand und Verpackung

Bankverbindung: Stadtparkasse Düsseldorf,
IBAN: DE19 3005 0110 0014 0071 57,
BIC: DUSSDE33

Druck: TIAMATdruck GmbH, Düsseldorf
Tel.: 0211 / 379400

Das „ArbeitslosenZentrum Düsseldorf
der Zukunftswerkstatt Düsseldorf GmbH“
wird gefördert vom Amt für Soziale
Sicherung und Integration



Mit finanzieller Unterstützung des Landes
Nordrhein-Westfalen und des Europäischen Sozialfonds



Ministerium für Arbeit,
Integration und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen

